

# **Verteidigungspolitik der Schweiz**

Für ein fortschrittliches  
und pragmatisches Konzept

**Pierre-Alain Fridez**

**Nationalrat SP**

**Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission**

**Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates**

## ÜBERSICHT

<b>EINLEITUNG UND METHODE .....</b>	<b>3</b>
<b>1. DAS GEOPOLITISCHE UMFELD IN EUROPA .....</b>	<b>5</b>
1.1. EIN BÜNDNIS FÜR MILITÄRISCHE SICHERHEIT: DIE NATO .....	5
1.2. BILDUNG DER EUROPÄISCHEN UNION .....	7
1.3. SCHAFFUNG DES EUROPARATES .....	7
1.4. SCHAFFUNG DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA .....	8
1.5. DIE ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN .....	9
<b>2. HERRSCHT IN EUROPA FRIEDEN? .....</b>	<b>10</b>
2.1. SICHERHEIT IN EUROPA: NEUSTE ENTWICKLUNGEN UND SPANNUNGSGBIETE .....	12
2.2. EUROPA UNTER DEM NATO-SCHUTZSCHILD .....	14
2.3. DIE PROBLEME EUROPAS .....	15
2.3.1. <i>Der europäische Aufbau stockt</i> .....	15
2.3.2. <i>Der Brexit</i> .....	15
2.3.3. <i>Die Herausforderung der Migrationen</i> .....	16
2.3.4. <i>Das Phänomen Trump</i> .....	17
2.4. DIE LAGE DER SCHWEIZ MITTEN IN EUROPA .....	18
<b>3. RÜSTUNGSENTWICKLUNG.....</b>	<b>19</b>
3.1. DIE MEISTEN EUROPÄISCHEN LÄNDER IM GLEICHSCHRITT .....	21
3.2. UND DIE ZUKUNFT? .....	21
3.3. ATOM- UND ANDERE MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN .....	23
3.4. DIE NEUEN KRIEGE: ASYMMETRISCHE KRIEGE .....	25
<b>4. ANALYSE DER SICHERHEITSRISIKEN FÜR DIE SCHWEIZ .....</b>	<b>28</b>
4.1. EIN KONVENTIONELLER KRIEG MITTEN IN EUROPA IST IN ABSEHBARER ZEIT KAUM VORSTELLBAR .....	28
4.2. TERRORISMUS .....	29
4.2.1. <i>Terrorakt – Intervention – Schutz der Bevölkerung</i> .....	31
4.3. CYBERBEDROHUNGEN .....	32
4.4. KLIMAGEFAHREN .....	33
4.5. KRITISCHE INFRASTRUKTUREN .....	34
<b>5. ENTWICKLUNG DER SCHWEIZER ARMEE SEIT DEM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES ..</b>	<b>36</b>
5.1. NEUTRALITÄT – DER GROSSE NATIONALE MYTHOS .....	36
5.1.1. <i>Welchen Sinn hat die Schweizer Neutralität heute?</i> .....	37
5.2. KALTER KRIEG: EIN MASSENHEER .....	38
5.3. ENTWICKLUNG DER ARMEE BIS ZUR AKTUELLEN WEA .....	38
5.4. VERFASSUNGSAUFRÄGE DER ARMEE .....	39
5.5. REALE VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT DES LANDES UND PROBLEM DER ANPASSUNG DER MITTEL AN DIE REALEN RISIKEN .....	40
<b>6. EIN SICHERHEITSKONZEPT FÜR DIE SCHWEIZ .....</b>	<b>42</b>
<b>7. SCHLUSSFOLGERUNGEN .....</b>	<b>45</b>
7.1. MEHR MITTEL DORT, WO ES SIE BRAUCHT .....	46
7.1.1. <i>Polizei</i> .....	46
7.1.2. <i>Grenzwächter</i> .....	47
7.1.3. <i>Friedensförderung, humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe</i> .....	47
7.1.4. <i>Genfer Friedenszentren</i> .....	47
7.2. WAS FÜR EINE ARMEE BRAUCHEN WIR MORGEN? .....	48
7.2.1. <i>Mit welchem Bestand?</i> .....	50
7.2.2. <i>Und welchem Budget?</i> .....	51
<b>ANHANG 1: VERTEIDIGUNGSBUDGETS (2016) .....</b>	<b>53</b>
<b>ANHANG 2: RIESIGE MILITÄRINVESTITIONEN .....</b>	<b>56</b>
<b>QUELLEN .....</b>	<b>62</b>

## Einleitung und Methode

Welche Sicherheitsrisiken bedrohen die Schweiz? Eine sehr komplexe Frage mit vielen Unbekannten, die dennoch plausible Antworten erfordert, um die aufgrund der Budgetzwänge unvermeidbar limitierten Mittel optimal einsetzen zu können. Muss unser Land morgen einen konventionellen Krieg mit einem der Nachbarländer oder einem anderen möglichen Invasor fürchten? Oder sind die wahren Risiken für unsere Sicherheit anderswo zu suchen?

Mit den Antworten auf diese Fragen sollen Art und Umfang der aufzuwendenden Mittel festgelegt werden, um möglichst angemessen auf die glaubwürdigen Sicherheits Herausforderungen zu reagieren. Und hier gehen die Meinungen auseinander. Die Linke ist sehr kritisch gegenüber den regelmässigen Beschlüssen der Mehrheit unserer *Classe politique*, die einen konventionellen Angriff auf die Schweiz durch einen kriegführenden ausländischen Staat immer noch als erste Hypothese betrachtet und deshalb eine Armee aufrechterhalten will, die das Land bei einem traditionellen symmetrischen Konflikt mit einem seiner Nachbarn verteidigen könnte. Hat das Parlament nicht soeben den Kauf von Minenwerfern und Munition für Hunderte von Millionen beschlossen? Die Mehrheit einer parlamentarischen Kommission möchte einen Teil unserer F/A-18-Flotte mit einer Luft-Boden-Angriffsfähigkeit ausrüsten, mit dem Risiko, allenfalls unser von einem hypothetischen Invasor angegriffenes Land bombardieren zu müssen.

Mit den hier präsentierten Überlegungen soll auf der Basis von historischen, geopolitischen und strategischen Argumenten sowie einer Analyse der plausiblen Sicherheitsrisiken für unser Land eine neue Prioritätenordnung vorgeschlagen werden, um in logischer und wirksamer Art auf die Sicherheits Herausforderungen von heute und morgen reagieren zu können. Verschiedene Reisen in letzter Zeit nach Ex-Jugoslawien (Serbien, Montenegro, Kosovo) und Osteuropa (Republik Moldawien bis zu den Grenzen von Transnistrien, Georgien, Armenien) – hauptsächlich zur Wahlbeobachtung im Rahmen des Europarats – sowie die Debatten in Strassburg zur Lage in der Ukraine haben meine Überlegungen bereichert.

Es ist nicht immer einfach, auf der linken Seite diese Sicherheitsfragen – nicht selten ein Tabuthema – anzugehen, da Armee und Polizei bei gewissen Progressiven als repressive Kräfte im Dienst der etablierten bürgerlichen Ordnung gelten. Mag sein, doch man kann nicht abstreiten, dass die Dinge sich geändert haben und in einer potenziell gewalttätigen Welt eine der wichtigsten Aufgaben eines Staates darin besteht, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. **Sicherheit ist ein Grundrecht.**

Um ein Inventar der glaubwürdigen Risiken zu erstellen, mit denen die Schweiz in Zukunft konfrontiert sein könnte, wird diese Arbeit zuerst den aktuellen geopolitischen Kontext in Europa und dann die Rüstungsentwicklung, die atomare Abschreckung, die Veränderungen in der Art der Kriegsführung, die möglichen Sicherheitsrisiken für die Schweiz sowie die Entwicklung unserer Armee seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute skizzieren und schliesslich **ein pragmatisches und gleichzeitig fortschrittlich ausgerichtetes Konzept für eine neue Sicherheitspolitik der Schweiz vorschlagen**.

Natürlich soll dieses Konzept nur ein Denkanstoss unter vielen anderen sein und so die Überlegungen zu Sicherheits- und Verteidigungsfragen innerhalb der Linken und besonders der Sozialdemokratischen Partei bereichern. Das vorliegende Dokument hat also nicht den Anspruch, alle Themen im Zusammenhang mit den Sicherheitsfragen abschliessend zu behandeln. So ist zum Beispiel darauf hinzuweisen, dass weitere Problemkreise wie die Fragen der kollektiven Sicherheit, die menschliche Sicherheit oder die Präventionspolitik im Konzept **«Sicherheit durch internationale Zusammenarbeit»** der SP-Fachkommission behandelt werden.

Selbstverständlich könnte man mit Fug und Recht die Frage nach der Legitimität eines Hausarztes stellen, eines ehemaligen Füsiliers, der seinen ganzen Militärdienst ohne Ruhm und Dienstgrad absolviert hat, und sich nun also gezielt zu geostrategischen Fragen äussert, sich ohne falsche Rücksicht mit den militärischen Optionen, die gerade in Mode sind, befasst und eine Redimensionierung unserer Armee sowie neue Prioritäten für unser Land bei der Verteidigung und der Ressourcenverteilung in diesem Bereich vorschlägt. Aber um gewisse unantastbare Institutionen ein bisschen zu erschüttern und die Fronten etwas in Bewegung zu bringen, kann eine neue Sicht durchaus von Vorteil sein. Die unflexiblen Verteidiger der Armee von heute klammern sich an deren Gründermythen, wie die heroische Haltung des Landes im Zweiten Weltkrieg, die Neutralität, die Bedrohungen der Vergangenheit oder die nötige Pflicht, unser Land und seine Unabhängigkeit zu verteidigen, ohne auf die anderen zählen zu müssen. Wie kann man von einem Offizier, der seine Überlegungen auf einer solchen Art des Denkens aufbaut, erwarten, dass er sein Visier neu ausrichtet?

Dieser Bericht will die Grundlage schaffen um die Debatte zu lancieren, ohne weitere Ansprüche.

Mein aufrichtiger Dank geht an Peter Hug, politischer Sekretär der SP-Fraktion der Bundesversammlung, für seine nützlichen Ratschläge und treffenden Bemerkungen.

# 1. Das geopolitische Umfeld in Europa

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich die Welt tiefgreifend verändert. Während sie nach dem Zweiten Weltkrieg vier Jahrzehnte lang gespalten im Bann der Zwischenfälle des Kalten Krieges stand, war das Ende des Jahrhunderts gekennzeichnet durch den Fall der kommunistischen Welt, die Globalisierung der Wirtschaft und den Aufstieg der Schwellenländer zu Grossmächten... Mit dem gleichzeitig klaren Willen der internationalen Gemeinschaft, eine friedliche Welt zu errichten.

So suchten die Europäer als Antwort auf den tödlichen Wahnsinn und die Dramen des Zweiten Weltkriegs einen neuen Weg. Sie trieben, manchmal in Partnerschaft mit den Amerikanern, den Aufbau einer neuen Weltordnung voran, um einen solchen Horror in Zukunft für immer zu verhindern. Sie entschieden sich dafür, gemeinsam leben zu wollen, gemeinsam zu arbeiten, sich gemeinsam auszutauschen, sich gemeinsam zu verteidigen, kurz gesagt die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden zu errichten, und das mit dem Aufbau verschiedener Institutionen, die einen militärisch, die anderen politisch, aber alle mit dem Ziel, sich anzunähern, Sicherheit zu schaffen sowie Frieden und gegenseitige Hilfe zu fördern.

Es lohnt sich, einen Blick auf diese verschiedenen Organisationen zu werfen, denn obwohl die Schweiz weder zur einen noch zur anderen von ihnen gehört, ist doch klar, dass diese Initiativen das geopolitische Umfeld des europäischen Kontinents tiefgreifend verändert und objektiv gesehen die Voraussetzungen für mehr Frieden auf dem europäischen Kontinent und damit auch für mehr Sicherheit in unserem Land geschaffen haben.

## 1.1. Ein Bündnis für militärische Sicherheit: die NATO

Grundlegendes Ziel der NATO ist die Wahrung der Freiheit und Sicherheit all ihrer Mitglieder durch politische und militärische Mittel. Die Organisation beschreibt ihre Handlungsmittel so:

**Politische Mittel:** die NATO strebt die Förderung der demokratischen Werte und die Zusammenarbeit bei Verteidigungs- und Sicherheitsfragen an, um eine sicherere Umwelt zu gewährleisten und so langfristig zur Konfliktverhinderung beizutragen.

**Militärische Mittel:** die NATO strebt die friedliche Lösung von Streitigkeiten an. Wenn jedoch die diplomatischen Bemühungen fehlschlagen, hat sie die nötigen militärischen Kapazitäten, um im Sinne der Krisenintervention eingreifen zu können. Solche Eingriffe erfolgen aufgrund von Artikel 5 des Washingtoner Abkommens – dem Gründungsvertrag der NATO – oder im Auftrag der UNO durch die NATO alleine bzw. in Zusammenarbeit mit anderen Ländern oder Organisationen.

Artikel 5 des Washingtoner Abkommens legt fest: «Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle betrachtet wird». Festzuhalten ist, dass ein NATO-Beschluss dem Willen aller 28 Mitglieder entsprechen muss, werden doch alle Beschlüsse einstimmig gefasst.

Die NATO stellt heute eine militärische Grossmacht dar, mit mehr als doppelt so grossen Beständen als die russische Armee und deutlich überlegenen konventionellen Streitkräften. Nur gerade im Bereich der nuklearen Stärke kann Russland mit den Kräften der NATO mithalten. Die NATO ist schrittweise gewachsen. Es lohnt sich, auf ihre Entwicklung und vor allem ihre Erweiterung einzugehen, um das Ausmass ihrer Stärke und der Mittel dieser Organisation richtig erfassen zu können. 1949 setzte sie sich zusammen aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Island, Frankreich, Grossbritannien, Dänemark, Norwegen, Portugal, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, 1951 kamen Griechenland und die Türkei dazu, 1955 Westdeutschland und 1982 Spanien.

Der Fall der Berliner Mauer löste innerhalb der NATO eine grosse Diskussion zur Frage ihres Nutzens und ihrer Zukunft aus. Beim Brüsseler Gipfel im Januar 1994 beschlossen die Mitgliedsländer im Grundsatz die Erweiterung der Allianz durch die Schaffung der «**Partnerschaft für den Frieden**» fortzusetzen, eine Art minimaler Zusammenarbeit, ohne Engagement der beteiligten Länder bei allfälligen Konflikten, die durch die Partnerschaft mit der NATO Kontakte im Hinblick auf bessere Zusammenarbeit und Friedensförderung ermöglichte. Damit wurde ein zweiter NATO-Kreis geschaffen, der eine Ausdehnung des Einflussbereichs der Organisation gegen Osten hin ermöglichte. Selbst Russland trat bei, wir kommen darauf zurück. Die «Partnerschaft für den Frieden» erwies sich als Instrument der Interoperabilität und Vorzimmer für die NATO-Erweiterung. Hier suchte die NATO ihre zukünftigen Mitglieder: Polen, die Tschechische Republik und Ungarn 1999, die Slowakei, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland und Estland 2004, Albanien und Kroatien 2009 sowie 2016 schliesslich die Republik Mazedonien. Ebenfalls 2016 wurde ein Aufnahmeverfahren von Montenegro in den Atlantikpakt offiziell eröffnet.

Diese weniger verpflichtende Struktur der «Partnerschaft für den Frieden» hat also eine Zusammenarbeit und Annäherung mit Nicht-Mitgliedstaaten ermöglicht. Dies auf den folgenden, in den Erwägungen des Brüsseler Gipfels beschriebenen Grundlagen: Die Partner müssen so handeln, «dass es eine grössere Transparenz der Verteidigungsbudgets gibt, eine demokratische Kontrolle der Verteidigungsministerien, eine gemeinsame Planung und gemeinsame militärische Übungen, damit die bewaffneten Streitkräfte der übrigen teilnehmenden Staaten mit den bewaffneten Streitkräften der NATO in Bereichen wie der Friedenserhaltung, der Forschung und dem Schutz der humanitären Operationen zusammenarbeiten können».

Unser Land ist Mitglied der «Partnerschaft für den Frieden, genauso wie Armenien, Australien, Aserbeidschan, Bahrain, Bosnien-Herzegowina, Südkorea, die Vereinigten Arabischen Emirate, Finnland, Georgien, Irland, Japan, Jordanien, Kasachstan, Marokko, Moldawien, die Mongolei, Montenegro, Neuseeland, Österreich, Serbien, Schweden, die Ukraine und Russland. Die Schweiz spielt eine aktive und viel beachtete Rolle, insbesondere bei der Friedensförderung.

## 1.2. Bildung der Europäischen Union

Angesichts der historischen Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland (Konflikt von 1870, 1. und 2. Weltkrieg) wollten die Vorläufer der Europäischen Union die Basis für eine Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Staaten Westeuropas, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland, schaffen. Am Anfang dieses neuen Europas stand 1951 die Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Es ist kein Zufall, dass die damaligen Verantwortlichen beschlossen, ihre erste Zusammenarbeit in diesem Industriezweig zu beginnen, kam diesem doch für jede Rüstungspolitik grundlegende Bedeutung zu.

1957 verstärkten Belgien, Westdeutschland, Italien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich ihre Zusammenarbeit mit der Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und unterschrieben den Vertrag von Rom, das Gründungsdokument der Europäischen Union. 1973 wurde die EWG um Grossbritannien, Irland und Dänemark erweitert, 1981 kam Griechenland dazu. 1986 war die Reihe an Spanien und Portugal. Anzumerken ist, dass mit dem Beitritt von Griechenland, Spanien und Portugal die EWG die demokratische Festigung von Staaten ermöglichte, die aus einer Diktatur kamen.

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die EWG 1992 zur Europäischen Union. 1995 wurde der Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden Tatsache. 2004 kamen Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, 2007 Bulgarien und Rumänien und schliesslich 2013 Kroatien hinzu.

Seit der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon verfügt die Europäische Union über eine Unterstützungs- und Solidaritätsklausel. Artikel 42-7 des Vertrags legt fest: «Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung.»

Dies bildet ein mit der NATO vergleichbares Konzept, zumindest in Bezug auf die Beistandspflicht. Ein Europa der Verteidigung konnte trotz verschiedener Versuche nie errichtet werden. Zu Beginn fürchteten einige Mitgliedstaaten – besonders Frankreich –, dass Deutschland zu stark wieder aufrüsten könnte, dann war es das Problem der Überschneidung mit der NATO, das den Prozess bremste. Heute ist rund um eine auf Frankreich und Deutschland ausgerichtete Verteidigungsachse wieder mehr die Rede davon.

## 1.3. Schaffung des Europarates

Sie erfolgte 1949 und heute umfasst der Europarat alle europäischen Länder bis zum Kaspischen Meer, Russland und Türkei inbegriffen (ohne Weissrussland, das immer noch die mit einem Beitritt unvereinbare Todesstrafe kennt). Die 47 Mitgliedstaaten haben die Europäische Menschen-

rechtskonvention ratifiziert und sollten die Entscheide des Europäischen Menschenrechtshofs anerkennen und anwenden, der die strikte Umsetzung der Konvention überwacht. Der Europarat sieht sich als Hochburg für die Verteidigung der Menschenrechte und Stärkung des Rechtsstaats sowie der Demokratie.

Gegenwärtig kämpft der Europarat mit einigen Meinungsverschiedenheiten vor allem in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine (die russische Delegation beteiligt sich seit über 2 Jahren nicht mehr an den Arbeiten der Parlamentsversammlung), den eingefrorenen Konflikt zwischen Armenien und Aserbeidschan, sowie die populistische, autoritäre und islamisch-konservative Haltung des allmächtigen türkischen Präsidenten Erdogan. Anzumerken ist, dass die Aufnahme des Kosovo als Beobachter dieses Jahr einige Diskussionen mit der serbischen Delegation auslösen könnte. Zudem haben Korruptionsvorwürfe die Bildung einer internen Untersuchungskommission bewirkt.

## 1.4. Schaffung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die OSZE mit 57 Mitgliedstaaten in Nordamerika, Asien und Europa (darunter auch der Schweiz) ist die grösste regionale Sicherheitsorganisation der Welt. Sie setzt sich für die Förderung von Frieden, Demokratie und Stabilität ein.

Der Sicherheitsansatz der OSZE umfasst 3 Dimensionen: die politisch-militärische, die wirtschaftlich-ökologische und die menschliche Dimension.

Die Mitte der 70er Jahre gegründete Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die später zur OSZE wurde, diente im kalten Krieg als wichtiges Dialog- und Verhandlungsforum zwischen Ost und West. Die beteiligten Staaten sind alle gleichgestellt und fassen ihre Beschlüsse einstimmig.

Mit der **Charta von Paris für ein neues Europa** schuf die OSZE 1992 Institutionen für die Zusammenarbeit und stellte Leitlinien im Hinblick auf die Bildung einer Gemeinschaft freier Staaten von Vancouver bis Wladiwostok auf. Unter Einbezug der Anliegen jedes Staates in einem beispielhaft unparteiischen Geist bildet die Charta von Paris den Höhepunkt mehrerer Dokumente, die trotz der Rückschritte seit der Annexion der Krim den Grundpfeiler jeder weiteren Zusammenarbeit in der Sicherheit in Europa darstellen: Das Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen; der Vertrag über den «Offenen Himmel»; der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa und die Schlussakte der Verhandlung über die Bestände der konventionellen Streitkräfte in Europa. Seither verfügt man über eine zuvor nie dagewesene Transparenz zur militärischen «Geografie» in Europa, inklusive Russland und die übrigen Länder der ehemaligen UdSSR.



## 1.5 Die Organisation der Vereinten Nationen

Die aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs hervorgegangene UNO hat ein kollektives Sicherheitssystem geschaffen, das auf dem Grundsatz der Unparteilichkeit und der Berücksichtigung der Interessen von allen Beteiligten beruht. Im Gegensatz zur NATO sind hier alle Staaten miteingeschlossen. Dieses Prinzip der Universalität ist gleichzeitig Stärke und Schwäche der UNO. Aber nur die UNO kann neue verbindliche internationale Normen aufstellen, die unerlässlich sind, um weltweit Frieden und Sicherheit voranzubringen.

Als von Anfang an grundlegend den Faschismus und Rassismus bekämpfende Institution organisierte die UNO ab den 50er Jahren die weltweite Entkolonialisierung und ab den 60er Jahren die Entwicklungszusammenarbeit. Nach dem Ende des Kalten Krieges spielte die UNO eine wesentliche Rolle bei der Schaffung von Frieden und Sicherheit in der Welt. Der Sicherheitsrat hat mehr als 2300 Resolutionen erlassen und in die ganze Welt zahlreiche Friedensmissionen entsendet, die sich zwischen die kriegsführenden Parteien stellen: 60 Missionen konnten seither beendet werden, 15 sind noch am Laufen.

Die nach der Auflösung der Sowjetunion vorherrschende geopolitische Lage ermöglichte den Vereinten Nationen, ihre Friedensinstrumente zu erweitern: 1992 mit der Agenda für den Frieden von Boutros-Ghali, 1994 mit dem Bericht über menschliche Sicherheit des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (PNUD) und 2000 mit der Resolution 1325 «Frauen, Frieden und Sicherheit» sowie jüngst mit dem Ziel 16 in der Agenda 2030. Diese verschiedenen Initiativen stellen ein breites Programm für den Kampf gegen organisierte Gewalt und für menschliche Sicherheit dar. Natürlich ist vieles nicht einfach. Die Welt macht regelmässig Krisen und Turbulenzen durch. Und es ist offensichtlich, dass die Wirksamkeit der UNO unter ihrem «begrenzten Betrieb» leidet, der wegen des Vetorechts der Grossmächte im Sicherheitsrat regelmässig Blockaden ermöglicht. Das ist vermutlich der Preis, den man bezahlen muss, um die Universalität anzustreben.

Die Schweiz wünscht sich eine Fortführung und Stärkung der UNO-Tätigkeit für Prävention und Konfliktlösung.

## 2. Herrscht in Europa Frieden?

Nach den Dramen des Zweiten Weltkriegs, der Europa in Schutt und Asche legte, erlebte Europa eine lange Zeit des Friedens, des Wohlstands und eines bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwungs. Aus militärischer und strategischer Sicht begann diese Zeit mit der Aufteilung Europas in zwei Blöcke, mit einer latent drohenden Konfrontation zwischen dem Westen einerseits und der Sowjetunion mit ihren Satellitenländern des Warschauer Pakts andererseits. Der berühmte Kalte Krieg schuf die politischen Voraussetzungen für die Entwicklung der Atomkraft, eine Aufrüstung mit erschreckendem Zerstörungspotenzial, die rasch masslose Dimensionen annahm und die verschiedenen Protagonisten dazu zwang, ihre jeweilige Doktrin soweit anzupassen, dass der Einsatz von Atomwaffen geregelt werden konnte. Diese Doktrinen wurden schrittweise zum Konzept der nuklearen Abschreckung weiterentwickelt, da beide Lager die grossen Risiken einer Flucht nach vorne begriffen... ein kollektiver Selbstmord... Viele behaupten übrigens, dass gerade diese Eskalation im nuklearen Bereich faktisch die Grundlage für einen dauerhaften bewaffneten Frieden zwischen den wichtigsten Grossmächten gelegt habe.

Diese bipolare Welt dauerte bis zum Ende der 80er Jahre, als das sowjetische Imperium zerfiel. Der Untergang der kommunistischen Welt führte nicht nur zur Auflösung der Sowjetunion, sondern auch zu einer Implosion der Organisation des Warschauer Pakts, mit grossen geopolitischen Umwälzungen, deren letzte Zuckungen bis heute spürbar sind und zu einem grossen Teil am Ursprung der verschiedenen Konflikte zu liegen scheinen, von denen Europa seit 25 Jahren betroffen ist. Ich denke da in erster Linie an die Brandherde in Ex-Jugoslawien oder in jüngster Zeit an den Konflikt in der Ukraine.

Nach dem Untergang der Sowjetunion haben sich die meisten ehemaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts der NATO und der Europäischen Union angeschlossen. Das gilt für Ostdeutschland mit seiner Wiedervereinigung mit Westdeutschland, Polen, die Tschechoslowakei, die sich friedlich in die Tschechische Republik und die Slowakei aufgeteilt hat, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland. Andere Mitgliedstaaten der ehemaligen UdSSR wurden unabhängig, selbst wenn einige von ihnen im Einflussbereich Russlands verblieben sind: Weissrussland, die Ukraine, Moldawien, Georgien (das einen Beitritt zur NATO anstrebt), Armenien, Aserbeidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien.

Diese geopolitischen Überlegungen aus fast einer anderen Epoche sind durchaus sinnvoll, wenn man von der Verteidigungspolitik der Schweiz spricht, denn es gibt Stimmen, die regelmässig Ereignisse in Ex-Jugoslawien von vor 25 Jahren, in Georgien (besonders in Südossetien 2008) und vor allem jüngst in der Ukraine zum Vorwand nehmen, um eine verstärkte Aufrüstung unseres Landes zu fordern und dabei die Effizienz und Ernsthaftigkeit der von unseren Nachbarn für die Friedenserhaltung auf dem europäischen Kontinent ergriffenen Massnahmen in Frage stellen.

**Die verschiedenen Konflikte, die einzelne Regionen Europas in den letzten Jahrzehnten zerrissen haben, stellen sozusagen eine natürliche Folge des Zerfalls der Sowjetunion und der kommunistischen Welt dar.** Denn dieser Zerfall brachte lange unter dem Deckel gehaltene Unabhängigkeits- oder Autonomiebestrebungen von Völkern bzw. Ethnien zum Vorschein, denen die Geschichte Grenzen und fremde Mächte aufgezwungen hatte, die nicht ihren Wünschen entsprachen und deren Aufrechterhaltung aus geopolitischer Sicht sicher diskutabel war.

Nehmen wir das Beispiel von **Ex-Jugoslawien**. Schon immer machte dieses Land stürmische Zeiten durch und musste viele Eroberungen über sich ergehen lassen. Die Vielfalt seiner Bevölkerung ist der Ausdruck der verschiedenen Besetzungen, und seit langer Zeit ist dieses Gebiet eine instabile Zone mit interethnischen Spannungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es der kommunistischen Partei und insbesondere Präsident Tito, mit eiserner Hand den verschiedenen unter ihrer Autorität stehenden Völkern ihre Macht aufzuzwingen. Das Land wurde als föderalistischer Staat mit sechs Republiken organisiert: Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien; dazu kamen 2 autonome Provinzen, Vojvodina und der Kosovo. Die Gebietsorganisation wurde noch durch die Koexistenz von drei Hauptreligionen überlagert: den römisch-katholischen Christen, den orthodoxen Christen und den Muslimen. Da keine dieser Republiken – mit Ausnahme vielleicht von Slowenien – eine homogene Bevölkerung hatte, entsprach Jugoslawien einem Mosaik kleiner Staaten, die sich mit nationalen Minderheiten arrangieren mussten. Doch nach dem Tod von Tito und dem Zerfall der kommunistischen Macht konnte nichts mehr das Erstarken der Nationalismen und des Hasses verhindern. Dies erklärt im Wesentlichen das Aufflammen der schrecklichen Auseinandersetzungen, die das Land in den 90er Jahren zerrissen haben.<sup>1</sup>

Noch heute hat sich die Lage nicht vollständig normalisiert, auch wenn man das Ende des Tunnels zumindest erahnen kann. Die meisten der neuen, aus dem Zusammenbruch von Ex-Jugoslawien entstandenen Staaten haben sich stabilisiert, und was den grössten Streitpunkt in der Region zwischen dem Kosovo und Serbien betrifft, könnte die Lösung über ihren gemeinsamen Wunsch eines Beitritts zur Europäischen Union gehen. Ein Wunsch, der rasch die Voraussetzungen für eine Befriedung schaffen könnte, müssen doch Länder, die bei der EU ein Beitrittsge-such stellen, gewisse Kriterien erfüllen, insbesondere die Respektierung und Anerkennung ihrer Minderheiten und Nachbarn. Doch das ist Zukunftsmusik, und für den Moment bleibt der Einsatz der KFOR und des Schweizer Kontingents, der Swisscoy, vor Ort dringend nötig, könnte doch der Kosovo bei einem Rückzug der friedenserhaltenden Kräfte erneut in Aufruhr geraten.

---

<sup>1</sup> VAISSE, Maurice: *Relations internationales depuis 1945*. Paris, Armand Colin, 2015.

## 2.1. Sicherheit in Europa: Neuste Entwicklungen und Spannungsbereiche

Nach der Beruhigung in Jugoslawien dank der Intervention der internationalen Gemeinschaft, die namentlich militärische Streitkräfte vor Ort stationiert hat – sie sind in Bosnien-Herzegowina und besonders im Kosovo noch immer präsent –, beschränken sich die heute von Spannungen und Bedrohungen betroffenen Gebiete in Europa auf die Regionen am Rand der neuen Grenzen, die Russland in der turbulenten Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer geerbt hat.

Nach dem Ende des Kalten Krieges traten also die meisten Länder Osteuropas der Europäischen Union und der NATO bei. Boris Jelzins Russland versuchte zwar, sich dem entgegenzusetzen oder zumindest den Erweiterungsprozess insbesondere der NATO zu bremsen. Da Russland den Westen nicht mehr bedrohte, war für Präsident Jelzin das Weiterbestehen der NATO nicht mehr gerechtfertigt. Oder aber dann mit Russland, jedoch mit einem Sonderstatut für sein Land in der NATO, einer Art Vetorecht. Da er sich nicht durchsetzen konnte, entschied er sich, um seinen guten Willen zu zeigen, für einen Beitritt Russlands zur «Partnerschaft für den Frieden». Doch die «guten» Beziehungen zwischen Russland und der NATO verschlechterten sich ab 1999 nach der Intervention der internationalen Militärkoalition im Kosovo gegen Serbien.<sup>2</sup>

Russland ist zu Beginn dieses Jahrtausends neu erwacht, noch etwas verschlafen, mit neuen Grenzen und einem stark eingeschränkten Einflussbereich. Die frühere Pufferzone ist im Westen weitgehend unter westlichen und transatlantischen Einfluss geraten oder hat sich an der Süd- und Ostfront für die Unabhängigkeit entschieden. Russland sah sich also mit einer völlig neuen geostrategischen Lage konfrontiert: ein gedemütigtes Land, eine Bevölkerung mit vielen Ressentiments, und als «Krönung» eine taumelnde Wirtschaft. Ein günstiges Umfeld für populistische Reden, die an die grosse Vergangenheit und das nötige Wiederauferstehen des Landes appellierten... Das Schicksal von Putin war vorgezeichnet, er konnte seinen Aufstieg an die Macht mit dem Anspruch in seinem Programm organisieren, mit dem grossen Russland an die frühere Grösse anzuknüpfen...

Der strategischen und militärischen Verteidigungsdoktrin Russlands liegen verschiedene Motivationen zugrunde:

- 1) Die Wiederherstellung der früheren Macht, um ein schlecht verarbeitetes Gefühl des Niedergangs zu kompensieren.
- 2) Ein Nationalismus, der sich im Zurück zu den geistigen (orthodoxen) Werten, zu den Traditionen, zur Kultur und Geschichte des russischen Volkes ausdrückt.

---

<sup>2</sup> KEMPF, Olivier: *l'OTAN au XXIe siècle*. Paris, Éditions du Rocher, 2014.

- 3) Ein Gefühl der Bedrohung, welches das russische Volk in einer instabilen, potenziell bedrohlichen Welt wahrnimmt.
- 4) Der feste Wille, die Kontrolle über die direkten Grenzstaaten Russlands, seinen traditionellen Einflussbereich, zu behalten (das was Russland nach der deutlichen Ausdehnung des Einflussbereichs der Europäischen Union und vor allem der NATO faktisch noch bleibt) und die russlandfreundlichen Bevölkerungen in diesen Ländern (Weissrussland, Ukraine, Republik Moldawien und Transnistrien, Abchasien und Ossetien gegenüber Georgien) zu unterstützen.
- 5) Die Erhaltung seiner traditionellen Zugänge zu den warmen Meeren, das heisst zum Schwarzen Meer (langfristiger Standort der ukrainischen Schiffsbasis von Sewastopol; mit der proeuropäischen Wende der Ukraine, Krim-Annexion) und zum Mittelmeer (Vereinbarung mit Syrien über den Zugang zur Schiffsbasis von Tartus und der Luftbasis von Latakia).<sup>3</sup>

**Die instabilen Gebiete in Europa, in denen heute Spannungen oder Konflikte entstehen könnten, liegen am Rande Russlands, in direkt angrenzenden Staaten, in denen ein mehr oder weniger grosser Bevölkerungsteil Russisch spricht, eine Folge der jüngsten Vergangenheit im Sowjetreich.** Mit oftmals russischen Staatsangehörigen, die damals auswanderten, und zahlreichen Nostalgikern der alten Macht, die nicht wirklich das Paradies auf Erden bot, aber immerhin einen grundlegenden sozialen Schutz und vor allem Arbeit für alle. Das habe ich bei meinen Reisen im Rahmen des Europarates in ehemalige Regionen des damaligen Sowjetreichs immer wieder gehört, in Moldawien, in Georgien oder jüngst in der kirgisischen Republik.

Die fraglichen Regionen und Länder sind bekannt. Sie sind in den letzten Jahren irgendwann in den Schlagzeilen aufgetaucht und haben die diplomatische Welt auf Trab gehalten. Denken wir an Abchasien oder Südossetien, die sich von Georgien losgesagt haben; an Moldawien, wo ein Grossteil der Bevölkerung Russisch spricht, insbesondere im Landesteil, der an die Ukraine angrenzt, die Region Transnistrien, die sich vor einigen Jahren abgespalten hat; und natürlich die Ukraine mit ihrer stark gespaltenen Bevölkerung, den proeuropäischen «Orangen» und den prorussischen «Blauen». Die Bevölkerung in der europahanen Region, im Westen der Ukraine, neigt klar zu einer Annäherung an den Westen, während weiter östlich die Bevölkerung vermehrt russischsprachig und an den Landesgrenzen nahe Russland tiefgreifend russlandfreundlich wird. Erinnern wir auch daran, dass die Krim, gestern noch ukrainisch und 2014 von Russland zwangsannektiert, von Chruschtschow 1954 der Ukraine angeboten worden war.

Die Bewohner dieser Regionen sind hin- und hergerissen zwischen ihrem Land einerseits, dessen Behörden mit weiten Teilen der Bevölkerung eine Annäherung an die Europäische Union oder auch die NATO suchen, und ihren mitunter nostalgischen Zugehörigkeitsgefühlen zum grossen Russland andererseits. Es reicht eine als diskriminierend für eine nationale Minderheit wahr-

---

<sup>3</sup> ZAJEC, Olivier: *Introduction à l'analyse géopolitique*. Monaco, Éditions du Rocher, 2016.

genommene Massnahme, ein Wahlergebnis, das nicht den Erwartungen entspricht und Zweifel in Bezug auf möglichen Wahlbetrug aufkommen lässt, ein wichtiger Regierungsbeschluss mit Auswirkungen auf die internationale Positionierung des Landes zwischen Europa und Russland, um einen möglichen Aufstand auszulösen. Die jüngste Geschichte hat das gezeigt. Ob ein spontaner oder vom Mutterland ausgelöster Aufstand bleibt als Frage offen und sieht je nach Fall immer wieder anders aus. Sicher ist, dass Russland dann nicht zögert, die Rebellen militärisch zu unterstützen. Das Land verfügt zu diesem Zweck über mobile, gut trainierte und gut ausgerüstete Truppen, die rasch in den sensiblen und instabilen Gebieten stationiert werden und einen Konflikt heraufbeschwören können. Die Beispiele Ossetien und Ostukraine zeugen davon.

**Aus Sicht der globalen Sicherheit in Europa ändert das nichts daran, dass diese Ereignisse vor allem eine lokale Wirkung haben und in erster Linie sekundäre Erschütterungen nach dem Fall der Sowjetunion bzw. aufgrund einer instabilen, den Zufällen der Geschichte zu verdankenden geopolitischen Realität darstellen. Diese Ereignisse erfordern eine lokale Lösung, die das Recht der Leute und der Völker respektiert, schaffen aber keine Voraussetzung für ein neues allgemeines Aufflammen in Europa. Denn da ist noch die NATO...**

## 2.2. Europa unter dem NATO-Schutzschild

Putins Russland und die russlandfreundlichen Länder rund um Russland unternehmen alles, um einen gewissen Einfluss in ihrem ehemaligen Reich zu bewahren, insbesondere bei den Überresten des Warschauer Pakts. Und gleichzeitig profitiert Westeuropa weiterhin von einem soliden Schutz durch die NATO, ein richtiger Schutzschild mit umfassenden militärischen Streitkräften und einer sehr mächtigen nuklearen Abschreckung.

Zwar stimmt es, dass Russland seit zehn Jahren wieder in den Rüstungsbereich investiert, aber seine militärische Kapazität bleibt, und das noch für lange Zeit, sehr deutlich unter jener der NATO-Streitkräfte, die sich rund um die beeindruckende amerikanische Armee organisieren (vgl. Anhang 1). Denn Russland musste weit unten starten, bei einer tiefgreifend zerfallenen Armee, was mit der Tragödie um das U-Boot Kursk im Jahr 2000 für alle augenfällig wurde.

Es ist auch daran zu erinnern, dass Russland, selbst wenn man es neben Brasilien, Indien, China oder Südafrika zu den aufstrebenden Ländern (den berühmten BRICS-Staaten) zählt, ein fragiles Land bleibt, im Wiederaufbau, mit verschiedenen Handicaps, insbesondere seinem demografischen Niedergang und einer heute schwierigen wirtschaftlichen Lage, die auf die westlichen Sanktionen nach den Ereignissen in der Ukraine und vor allem der Krim-Annexion sowie auf den Zerfall der Rohstoffpreise, seinem wichtigsten Trumpf, zurückzuführen ist. Die Energie und die Rohstoffe machen zwei Drittel der Deviseneinnahmen Russlands aus. Seine wirtschaftliche Lage hängt von der Erhaltung hoher Kurse auf dem Rohstoffmarkt und jenem der Energiequellen ab.

## **2.3. Die Probleme Europas**

### **2.3.1. Der europäische Aufbau stockt**

Die Europäische Union wurde vor 10 Jahren durch wirtschaftliche Probleme und eine Krise der Eurozone heftig durchgeschüttelt. Verschiedene Länder am Rande des Bankrotts waren in grossen Schwierigkeiten, insbesondere Griechenland, ein Land, das von seiner Schuldenlast erdrückt wird und unter der harten Politik, die ihm die Gemeinschaft und die internationalen Finanzbehörden aufgezwungen haben, zu ersticken droht.

Der europäische Kontinent bleibt fragil und die Europäische Union muss Mitglieder mit unterschiedlichsten Geschichten, Wirtschaftspotenzialen, BIP und Pro-Kopf-Einkommen unter einen Hut bringen. Denn man kann kaum die Situation der ersten EU-Gründerstaaten mit der Lage gewisser Länder rund ums Mittelmeer und den neuen Mitgliedern wie Bulgarien und Rumänien vergleichen. Die Bestgestellten sollten den anderen helfen, während sich auch bei ihnen Arbeitslosigkeit und Unsicherheit breitmachen, was zu Spannungen und interner Migration führt und sich in verschiedenen Ländern im Aufstieg populistischer und fremdenfeindlicher Parteien widerspiegelt, die oft auch in den Regierungen vertreten sind. Dennoch führen die lebendigen Kräfte Europas ihre Aufbauarbeit fort. Der europäische Traum braucht eine Wiederbelebung. Die Wahl von Emmanuel Macron bei der französischen Präsidentschaftswahl ist in dieser Hinsicht ein sehr positives Zeichen, und er scheint klare und entschlossene Visionen in die Aussenpolitik einzubringen. Aber es braucht sicher noch Zeit, bis sich die Dinge beruhigen und Europa wieder vorwärtsgehen kann.

Ein nächster Schritt wäre, die Erweiterung der Europäischen Union fortzusetzen, ein im aktuellen Umfeld unterbrochener Prozess. Die künftigen Kandidaten sind in Ex-Jugoslawien zu finden, und die meisten müssen noch einen weiten Weg gehen, bevor sie die Aufnahmekriterien erfüllen. Es sind wünschbare Beitritte wie damals bei Griechenland, Spanien und Portugal, die aus Diktaturen kamen, oder den verschiedenen Ländern im Osten bzw. der baltischen Staaten, bei denen die Europäische Union sich bemühte, den Beitritt rasch zu vollziehen, um ihre politische und wirtschaftliche Stabilisierung voranzutreiben.

### **2.3.2. Der Brexit**

Der britische Entscheid vom Juni 2016 schlug wie eine Bombe ein und zwingt die Europäische Union darüber nachzudenken, was funktioniert und vor allem was nicht, denn zentrifugale Kräfte (antieuropäische Bewegungen der extremen Rechten) sind wie vorher erwähnt in verschiedenen Ländern im Aufwind. Der Brexit ist der Ausdruck dieser heute im Trend liegenden Abneigung ge-

gen Europa, doch für die Sicherheit des Kontinents wird der Entscheid des britischen Volks keine grossen Folgen haben: Zum einen hat die gemeinsame europäische Verteidigung noch gar nicht ihre volle Wirkung entfaltet, zum andern war England nie ein aktiver Partner in diesem Bereich. Es ist eher das deutsch-französisch Paar – Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron, beide am Anfang neuer Mandate und mit entsprechend Zeit vor sich –, die jüngst mit ehrgeizigen und entschlossenen Erklärungen von sich reden gemacht haben.

Doch im Moment bleibt **die NATO der unbestrittene Sicherheitspfeiler für alle betroffenen Länder inklusive Grossbritannien.**

### 2.3.3. Die Herausforderung der Migrationen

Bei einer weiteren Herausforderung ist Europa gefordert, massgeschneiderte Lösungen zu finden, vor allem eine gemeinsame menschliche Antwort, die den grossen Gründungsprinzipien unserer Rechtsstaaten, insbesondere dem Asylrecht, gerecht wird. Einen Teil der Migrantinnen und Migranten aufzunehmen, um namentlich den in den nächsten Jahrzehnten erwarteten Bevölkerungsrückgang auf europäischem Boden aufzufangen, ist eine der Lösungen, doch es ist für die Europäische Union, für ganz Europa, für die gesamte entwickelte Welt entscheidend, sich die richtigen Fragen zu stellen und angesichts der Herausforderungen, die uns in diesem Bereich erwarten, wirksame Antworten zu liefern.

Die südlichen Länder, besonders die Länder in Subsahara-Afrika, werden ihre Bevölkerung bis 2050 verdoppeln. Diese Prognosen berücksichtigen die Tatsache, dass die Länder Afrikas bis heute ihren **demografischen Übergang grösstenteils** noch nicht abgeschlossen haben. Unter demografischem Übergang versteht man ein ziemlich allgemeines Phänomen der Bevölkerungsentwicklung, das den langsamen und heiklen Übergang von einem sogenannten traditionellen Gleichgewicht mit hoher Geburtenrate und Sterblichkeit zu einem sogenannten modernen Regime beschreibt, in dem Sterblichkeit und Geburtenrate tief sind, so wie in der heutigen westlichen Welt.<sup>4</sup>

Insgesamt ist in Afrika die Sterblichkeit der älteren Personen und vor allem der Neugeborenen zurückgegangen, was mit den Pflegefortschritten und einer gewissen Verbesserung der Lebensbedingungen zu tun hat, während die Geburtenrate nicht entsprechend abnimmt. Denn Geburtenkontrolle erfordert Bildung, Lehre der Verhütungsmethoden und Verbesserung der sozialen Sicherheit, ist doch die Tatsache, mehrere Kinder zu haben, für viele Afrikanerinnen und Afrikaner gleichbeutend mit der Hoffnung auf Hilfe und Unterstützung in ihren alten Tagen. Eine riesige Herausforderung. Afrika hat also seinen demografischen Übergang begonnen, und es ist üblich, dass dieser Prozess in der ersten Phase mit einem deutlichen Bevölkerungswachstum einhergeht. Was bedeutet, dass der afrikanische Kontinent, wenn sich nichts ändert, in 30 Jahren über zwei Milliarden Bewohner zählen wird, darunter Hunderte Millionen von jungen, gut Ausgebildeten,

---

<sup>4</sup> DAVID, Olivier: *La population mondiale : Répartition, dynamique et mobilité*. Paris, Armand Colin, 2015



auf der Suche nach einer Zukunft.<sup>5</sup> «Bis 2050 wird es in Europa eine Abnahme von 90 Millionen erwerbstätigen Personen (–15%) und in Afrika eine Zunahme von 700 Millionen Erwerbstätigen geben».<sup>6</sup>

Europa kann sich entweder mit allen leicht vorstellbaren Dramen und Spannungen verbarrikadieren, oder aber den Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, mit effizienter Hilfe, die einen Wirtschaftsaufschwung des Kontinents ermöglicht, stark unter die Arme greifen. Verbesserte Lebensbedingungen, besserer Zugang zu Arbeit, mehr Fortschritt und Innovation wird die Migration in diesen Ländern eindämmen, die harmonische Entwicklung des Kontinents fördern und so die Bedingungen für eine Fortsetzung des demografischen Übergangs schaffen. Was schliesslich zu einem gebremsten Bevölkerungswachstum und damit zu weniger Migration zu uns führt.

Dringlichstes Problem zur Stunde ist der Umgang mit unkontrollierter Einwanderung und ihren tragischen Geschichten im Mittelmeer. Man muss die kriminellen Netzwerke der skrupellosen Schlepper zerstören und dafür sorgen, dass sie durch **sichere und würdige Netze ersetzt werden**.

Ohne einen anderen Faktor zu vergessen, der immer mehr die Migrationsfragen mitbestimmen könnte: **den Klimawandel** mit seinem potenziellen Anstieg der Meereshöhen und Temperaturen, was das Leben in gewissen Regionen unmöglich machen würde. Phänomene, die Millionen von Personen in die Flucht treiben könnten.

### 2.3.4. Das Phänomen Trump

Die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten, eines unberechenbaren, zu allem fähigen Mann, stellte zu Beginn seiner Amtszeit eine mögliche Bedrohung für die NATO dar, mit einem angedrohten zumindest teilweisen Rückzug der USA und einer Priorisierung der Pazifikachse gegen Asien und die dort gelegenen Schwellenländer hin. Seither scheint Donald Trump jedoch zurückzurudern und langsam zu begreifen, dass die Realität der Welt komplexer ist, als er dies zu Beginn wahrgenommen hatte. Vor allem seine anfängliche leidenschaftliche Freundschaft zu Russland scheint sich markant abgekühlt zu haben. Im Übrigen scheint das Wiedererstarken Russlands im grossen weltweiten geostrategischen «Spiel» paradoxerweise den Europäern in die Hände zu spielen, denn die Vereinigten Staaten werden gezwungen sein, Europa als eine ihrer noch immer und weiterhin wichtigsten Achsen der militärischen Planung zu erhalten.

Die wirkliche Frage, die zu bleiben scheint, betrifft die Finanzierung der NATO, denn die US-Verwaltung wünscht eine Erhöhung des europäischen Aufwands für seine Verteidigung.

---

<sup>5</sup> BOILLOT, Jean-Joseph et DEMBINSKI, Stanislas: *Chindiafrique, la Chine, l'Inde et l'Afrique feront le monde de demain*. Paris, Odile Jacob, 2013.

<sup>6</sup> HUGON, Philippe: *L'Afrique, défis, enjeux et perspectives en 40 fiches pour comprendre l'actualité*. Paris, Eyrolles, 2017.

## 2.4. Die Lage der Schweiz mitten in Europa

Die Schweiz liegt unübersehbar **mitten in einem friedlichen Europa, umgeben von Freundesländern, die seit Jahrzehnten im Frieden leben**. Eine unbestreitbare Tatsache, die als Grundlage für alle Überlegungen bei der Risikoabwägung und den Entscheidungen für unser Land dienen muss, um dessen Verteidigung optimal zu gewährleisten und uns zu einer noch besseren Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern zu führen.

Denn die Schweiz ist zwar von Mitgliedstaaten der Europäischen Union umgeben, vor allem aber, mit Ausnahme Österreichs, von Mitgliedstaaten der NATO. Diese Position schafft objektiv gesehen die Voraussetzung für eine besonders privilegierte Lage: **Die Schweiz profitiert, genauso wie ihre Nachbarn, vom Schutzschild der NATO**. Jeder Staat, der die Schweiz einnehmen möchte, müsste zwingend zuerst ein von der NATO geschütztes Land angreifen, und die Idee, sich mittel- und langfristig einen traditionellen Konflikt mit einem unserer nächsten Nachbarn vorzustellen, gehört ins Reich der Fantasie.

Die Schweiz liegt gut geschützt mitten in Europa, faktisch geschützt von der NATO, und sie kann durchaus als **blinder Passagier der NATO** bezeichnet werden.

### 3. Rüstungsentwicklung

Im Lauf der Jahrhunderte hat sich die Art und Weise, einander zu bekämpfen, stark verändert. Am Anfang war die Rüstung rudimentär, mit Schwertern, Lanzen oder Beilen, und die Stärke eines Heeres zeigte sich vor allem in der Anzahl, Stärke und im Mut seiner Krieger. Es genügt, an die antiken Helden der Ilias und der Odyssee zu erinnern. Doch mit der Zeit ermöglichte die technologische Entwicklung dem Menschen, sich in seiner Art des Kämpfens weiterzuentwickeln. **Wie Clausewitz in seinem berühmten Traktat *Vom Kriege* schrieb: «Die Gewalt rüstet sich mit den Erfindungen der Künste und Wissenschaften aus, um der Gewalt zu begegnen».** Die Griechen und dann die Römer sowie, etwas näher an unserer Zeit, Leonardo da Vinci haben die Kriegskunst grundlegend verändert.

Zu allen Zeiten spielten technologische Fortschritte und neue, revolutionäre Waffen beim Ausgang zahlreicher Konflikte eine entscheidende Rolle. Maschinengewehre gegen Pfeile, Panzer gegen Kavallerie. Die technische und industrielle Realisierung der Mittel, die einen Kriegsvorteil gegenüber dem Gegner ermöglichten, wurde zu einem wesentlichen Element in der Kriegsführung. «Die militärische Überlegenheit beruht heute vorab auf technologischem Können», schreibt Pascal Boniface in seinem Buch *Comprendre le monde*<sup>7</sup>. Man spricht dabei auch von einer **technologischen Strategie** und meint damit die Erforschung, Konzeption und Herstellung von Kampfinstrumenten, die in 10 oder 20 Jahren das Niederbringen eines Feindes ermöglichen. Mit sehr hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wo steht unsere Armee in dieser technologischen Revolution?

Die Schweiz weist im Vergleich zu anderen Armeen am Ende des 20. Jahrhunderts eine ziemlich traditionelle militärische Ausrüstung auf. Die meisten ihrer wichtigsten Rüstungsgüter müssen in den nächsten Jahren ersetzt werden. All dies geht deutlich aus der Armeebotschaft 2017 hervor, die neben der Problematik des Ersatzes für unsere Kampfflugzeuge bis 2030 auch die Frage der nötigen Investitionen zum Beispiel für den Erwerb einer neuen Generation von Radschützenpanzern angeht. Und für unsere Kampfpanzer braucht es umfassende Massnahmen zur Erhaltung der militärischen Leistungsfähigkeit. Wir verfügen über ungefähr 300 geschützte Mannschaftstransportfahrzeuge, wovon ein Teil ersetzt werden muss. Unsere 134 Kampfpanzer Leopard stammen von 1987 und haben eine bis 2030 vorgesehene Einsatzdauer. Unsere Artillerie wurde im kalten Krieg zwischen 1968 und 1988 erworben und kommt in die Jahre, ebenso die bodengestützte Luftverteidigung (Rapier, Stinger und Flab-Kanonen von mittlerem Kaliber), deren Ersatz geplant ist (Projekt Bodluc). Die Mehrheit des Parlaments hat soeben den Kauf neuer Minenwerfer beschlossen.

Mit all diesen geplanten und gemäss Armeeführung notwendigen Käufen ergäbe das einen Gesamtbetrag von Dutzenden von Milliarden Franken. Man wird also zwingend Prioritäten

---

<sup>7</sup> BONIFACE, Pascal: *Comprendre le monde*. Paris, Armand Colin, 2017.

setzen müssen, für das Militär immer eine komplexe Angelegenheit, oftmals auch für die Politik.

Denn unsere finanziellen Mittel sind logischerweise begrenzt. Von den 5 Milliarden des jährlichen Armeebudgets, das uns versprochen ist (das Parlament hat für die Jahre 2017 bis 2020 eine Plafonierung der Armeeausgaben von 20 Milliarden beschlossen, also 5 Milliarden Franken pro Jahr) gehen 3 Milliarden an den eigentlichen Armeebetrieb, die übrigen 2 Milliarden für Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung (120 Millionen), für den Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf (350 Millionen), die Kosten für die VBS-Immobilien (400 Millionen), für Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (100 Millionen) und schliesslich ungefähr eine Milliarde an den Kauf von Rüstungsmaterial, das heisst für die Umsetzung der vom Parlament beschlossenen Rüstungsprogramme. Für den Kauf neuer Rüstungsgüter, Kampfflugzeuge, Panzer usw. verfügt die Armee also über 1 Milliarde Franken, allenfalls maximal 1,2 Milliarden pro Jahr. Gewisse Stimmen von rechts und neue Budgetplanungen sprechen für 2020 von einem neuen Plafond für die Militärausgaben von über 5 Milliarden. Mit der fatalen Notwendigkeit, anderswo sparen zu müssen...

Ausgaben von jährlich 1 Milliarde, oder morgen vielleicht, bei einem Handstreich der Rechten, von 1,5 oder 2 Milliarden Franken für Rüstungskäufe mag als viel Geld erscheinen. Dennoch ist das – einmal abgesehen davon, dass mit einer seriösen Analyse des geopolitischen Umfeldes der Schweiz gewisse Käufe durchaus bekämpft werden können – eine geradezu lächerliche Summe im Vergleich zu den Investitionen, die das Militär gerne tätigen würde, um unsere eher überholte und angesichts der Herausforderung durch die spektakuläre Entwicklung der Kriegsführung in den letzten 20 Jahren klar ungenügende Rüstung zu ersetzen. Die Kriege im Irak, in Afghanistan oder Libyen haben uns die Revolutionen der Strategien und Technologien vor Augen geführt. Eine moderne Armee ist zu einem System von immer ausgereifteren Systemen geworden, mit Einsatzmitteln, die das Aufspüren eines Ziels, sein genaues Erkennen und seine Zerstörung durch einen chirurgischen, quasi millimetergenauen Schlag ermöglichen. Doch diese «technologisch-militärische Exzellenz» hat ihren Preis, einen hohen Preis, und bleibt den Ländern vorbehalten, die sich riesige Investitionen in den Bereichen der militärischen Forschung und Entwicklung leisten können, allen voran die USA und einige andere, darunter heute Israel.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> MALIS, Christian: *Guerre et Stratégie au XXIe siècle*. Paris, Arthème Fayard, 2014.

### 3.1. Die meisten europäischen Länder im Gleichschritt

Zwei Faktoren haben zu einer gewissen «Entmilitarisierung» Europas beigetragen. In seinem Werk *La démilitarisation de l'Europe, Un suicide stratégique?*<sup>9</sup>, schreibt Jean-Baptiste Vouilloux diese Entwicklung einerseits der geostrategischen Entspannung nach dem Fall der Berliner Mauer zu, andererseits den finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die meisten europäischen Länder nach der Finanzkrise zu kämpfen hatten (Zunahme der öffentlichen Schulden, Budgetprobleme). Fast alle europäischen Länder reduzierten damals wie die Schweiz ihre Verteidigungsausgaben und passten ihre Armeen entsprechend an.

Heute haben in Europa nur noch Grossbritannien und Frankreich **eine tatsächliche Fähigkeit zu militärischem Handeln**, das heisst «eine kohärente Einheit von Menschen und Ausrüstungen, organisiert, ausgebildet und aufgrund einer Doktrin eingesetzt, die auf Einsatzbereitschaft ausgerichtet ist».

Verschiedene Länder haben beschlossen, ihr militärisches Potenzial auf so genannte «Nischenangebote» zu spezialisieren, also einen Bereich, in dem ihr Ruf und ihre Exzellenz anerkannt sind und sie ihre Kompetenzen anderen Staaten zur Verfügung stellen können. Wir denken hier an die Expeditionsfähigkeiten innerhalb einer Koalition der Niederlande oder von Dänemark, an die ABC-Kompetenzen (atomar, biologisch, chemisch) der Tschechischen Republik oder, bei anderen, die Friedensförderung bzw. den Lufttransport.<sup>10</sup>

Rund um uns haben mehrere Länder beschlossen, ihre militärischen Ambitionen den finanziellen Mitteln anzupassen und auf den Ehrgeiz, sich allein zu verteidigen und bei allen Waffen über konkurrenzfähige militärische Mittel zu verfügen, zu verzichten. Und ihre neuen, ausgewählten Kompetenzen ihren befreundeten und verbündeten Nachbarn zur Verfügung zu stellen sowie wenn möglich die Rüstungs- und Materialausgaben gemeinsam zu verwalten. Dieses Vorgehen ist logisch, wenn man einer Koalition wie der NATO angehört.

### 3.2. Und die Zukunft?

Der traditionelle Krieg verändert sich, und eines der wichtigsten, von den modernen westlichen Armeen heute verfolgten Ziele ist der Wille, die Verluste an Menschenleben auf ein Minimum zu reduzieren. Der Soldat ist zu einer raren, wichtigen Ressource geworden, und die Akzeptanz der Militäreinsätze westlicher Armeen setzt minimale Menschenopfer voraus. Pascal Boniface schreibt in *Comprendre le monde*<sup>11</sup>: «Je weniger das eigene Territo-

---

<sup>9</sup> VOUILLOUX, Jean-Baptiste: *La démilitarisation de l'Europe, Un suicide stratégique?* Paris, Argos, 2013.

<sup>10</sup> VOUILLOUX, Jean-Baptiste: *La démilitarisation de l'Europe, Un suicide stratégique?* Paris, Argos, 2013.

<sup>11</sup> BONIFACE, Pascal: *Comprendre le monde*. Paris, Armand Colin, 2017.

rium in Gefahr ist, desto weniger würde die öffentliche Meinung das Opfer ihrer Soldaten akzeptieren. Man kann also nur intervenieren, wenn man sicher ist, dass die eigenen Armeeangehörigen keine Risiken eingehen». Die Entwicklung der modernen Armeen geht deshalb in Richtung quantitativ reduzierte Armeen mit gut ausgerüsteten, ausgebildeten und miteinander vernetzten Soldaten, die keinen unnötigen Risiken ausgesetzt werden.

Eine andere, spektakuläre Entwicklung, die ganz der beschriebenen Problematik entspricht, ist die Automatisierung der modernen Armeen. Ein erster Ausdruck davon sind die bewaffneten Drohnen, die einen Krieg ohne Piloten und Angriffe ohne Risiken erlauben, wie das zum Beispiel die amerikanischen Streitkräfte gegen dschihadistische Leader in deren Schlupfwinkeln an den Grenzen zu Pakistan oder Afghanistan gemacht haben. Der Roboter ermöglicht Effizienz, Schutz des Kämpfenden und damit einhergehend eine Reduktion der Anzahl eingesetzter Soldaten. Die amerikanische Armee geht davon aus, dass gegen das Jahr 2035 hin Aufgaben der Überwachung, der bewaffneten Rekognoszierung, der Telekommunikation sowie Angriffe und Unterstützung weitgehend von Robotern ausgeführt werden. Es gibt Visionen von wahren Roboterschirmen, die auf dem Schlachtfeld den traditionellen Kampftruppen vorangehen, um den ersten und gefährlichsten Kontakt mit dem Feind herzustellen, was auch ermöglicht, ohne Risiko auf improvisierte Sprengkörper, Raketengeschosse, Panzerabwehrlenk Waffen und Artillerie zu treffen. In 10, 15 oder 20 Jahren könnten also Roboter in Formation die kämpfende Vorhut der zukünftigen Armeen bilden. Und hybride Luftflotten werden Flugzeuge mit und ohne Piloten kombinieren.<sup>12</sup>

Diese Rüstung der Zukunft, die nicht mehr ein Traum, sondern wahrscheinliche Realität sein wird, auch wenn sie in den nächsten Jahrzehnten noch konkreter werden muss, erfordert jedoch exorbitante Kosten, die sich nicht jeder leisten können.

Die Vereinigten Staaten mit 600 bis 700 Milliarden Dollar an jährlichen Investitionen im Verteidigungsbereich scheinen da in der Poleposition zu sein, um über diese entscheidenden technologischen Fortschritte zu verfügen. Ganz im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten, die in den letzten Jahren ihre Militärausgaben gesenkt haben. Zum Vergleich: Alles in allem erreichen die Militärausgaben der europäischen Länder ungefähr 250 Milliarden Dollar. Um in der neuen Rüstungswelt bestehen zu können braucht es Mittel, welche die finanziellen Möglichkeiten der meisten Länder komplett übersteigen. Unser Land macht da keine Ausnahme.

Denn wenn man nicht danach streben kann, selber diese neuen Waffen der Zukunft zu konzipieren, entwickeln und herzustellen, dann bleibt nur die Möglichkeit, sie zu kaufen. Doch Exzellenz hat ihren Preis, oft einen unbezahlbaren. Und so oder so werden die wenigen Länder, mit den USA und Israel an der Spitze, die ungebremst in diesen Bereich investiert haben, immer eine Länge oder vermutlich eher mehrere Längen voraus sein...

Angesichts der neusten Fortschritte in diesem Bereich sowie der Entwicklung der Kriegsmittel, wie sie die Analyse der jüngsten Konflikte zeigt (chirurgische Bombardierungen,

---

<sup>12</sup> MALIS, Christian: *Guerre et Stratégie au XXIe siècle*. Paris, Fayard, 2014.

Drohnen, Entwicklung von Robotern), angesichts auch der massiven Investitionen, die unser Land tätigen müsste, um ein Niveau zu erreichen, das immer noch mittelmässig wäre, ist es legitim sich die Frage zu stellen, ob die Schweiz noch lange den Eindruck vermitteln soll, «dass sie sich selber effizient verteidigen kann». Denn der Erwerb einer modernen und leistungsfähigen Rüstung ist bereits eine komplizierte Sache, ihr Unterhalt dann noch eine ganz andere, ebenso die A-jour-Haltung. In Bezug auf den Lebenszyklus eines Kampfflugzeuges zum Beispiel hat uns das Gripen-Dossier gelehrt, dass von den Gesamtkosten für den Erwerb von hochentwickeltem Militärmaterial der eigentliche Kauf einen Drittel ausmacht, der Unterhalt einen zweiten Drittel und die «Updates», die Aktualisierungen, den letzten Drittel. Beim Gripen wären also die Gesamtkosten dreimal höher als der Kaufpreis ausgefallen. Ein Fass ohne Boden.

### 3.3. Atom- und andere Massenvernichtungswaffen

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Zeit des Kalten Krieges, wurde hauptsächlich auf amerikanischer und russischer Seite nuklear massiv aufgerüstet.

Seither geht es in diesem Bereich mehr in Richtung einer Deeskalation, auch wenn die vorhandenen Waffen natürlich immer noch eine riesige Menge darstellen. Die Länder, die offiziell über Atomwaffen verfügen (Vereinigte Staaten, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien) haben einen Prozess der Reduktion ihres Arsenal an Atomsprengköpfen vereinbart, doch der Weg ist noch lang.

Die in einer ersten Phase für die Zerstörung und Unterwerfung des Feindes gedachte Atomkraft (Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki 1945) hat schritt- und logischerweise einer Strategie der nuklearen Abschreckung Platz gemacht, welche implizit miteinschliesst, dass es für die Grossmächte unmöglich ist, sich gegenseitig so zu bekämpfen: ein zu gefährlich und unvorhersehbar gewordenes Spiel. **«Die Logik der Abschreckung beruht auf der Verhinderung der konkreten Tat, indem sie den potenziellen Urheber einer militärischen Handlung davon überzeugt, dass die wahrscheinlichen Kosten den potenziellen Nutzen übersteigen.»**<sup>13</sup> Die nukleare Abschreckung macht den Krieg aufgrund von dessen potenziell inakzeptablen Folgen unmöglich. Im Werk des früheren französischen Verteidigungsministers Paul Quiles, *Arrêtez la bombe!*<sup>14</sup>, sind auf Seite 61 die vorhersehbaren Wirkungen eines Atomkriegs mit weniger als 1% des weltweiten Atomwaffenlagers beschrieben. Neben den direkten Folgen wegen der Strahlung würde die atomare Sprengwirkung auch zur Bildung einer riesigen Staubwolke führen, die sich weit in die Atmosphäre ausbreiten und nach und nach das Sonnenlicht blockieren würde, was einen Temperatursturz auf der Erdoberfläche um durchschnittlich 25 Grad zur Folge hätte. Eine neue Eiszeit für lange Monate

<sup>13</sup> ROCHE, Nicolas: *Pourquoi la dissuasion*. Paris, Presses Universitaires de France, 2017.

<sup>14</sup> QUILES, Paul: *Arrêtez la bombe!* Paris, Editions du Cherche midi, 2013.

mit dramatischen Folgen für Natur und Mensch. **Mit der nuklearen Abschreckung besteht das Ziel nicht mehr darin, die Kriege zu gewinnen, sondern sie zu verhindern.**

Nach der Atomvereinbarung mit dem Iran 2015 liegt die grösste Bedrohung heute bei Nordkorea, das mit dem immer häufigeren Abfeuern von Raketen provoziert, vor allem auch weil deren zunehmende Reichweite mittelfristig eine Bedrohung für die Westküste der Vereinigten Staaten darstellen könnte. Man darf jedoch die scharfen Reden von Präsident Kim Jong-un, dem dritten Leader dieser Erbdynastie, nicht wörtlich nehmen. Er hat grosse Furcht vor der militärischen Stärke Amerikas, und Präsident Trump mit seinen mörderischen Tweets und seinen überhöhten Reden unternimmt nichts, um dieses Spiel zu beruhigen. Doch Kim Jong-un ist kein Selbstmörder: Er strebt die Anerkennung seines Landes als Atommacht an, um die Mittel zu haben, dass er an der Macht bleiben kann. Diesen Eindruck teilen sowohl Juliette Morillot und Dorian Malovic in *La Corée du Nord en 100 questions*<sup>15</sup> als auch Pascal Boniface; sie alle sind der Ansicht, dass die nordkoreanischen Leader von der Überzeugung ausgehen, dass Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi heute noch an der Macht wären, wenn sie über Atomwaffen verfügt hätten.

**Die nukleare Abschreckungskraft trägt faktisch zum Schutz des europäischen Kontinents bei.** Die USA stellen der NATO umfangreiche militärische Streitkräfte und nukleare Sprengköpfe zur Verfügung, die wie ein Schirm oder Schutzschild wirken. Amerikanische Atomwaffen sind in der Türkei, in Deutschland, in den Niederlanden, in Italien und in Belgien stationiert: zweifellos einer der wichtigsten Faktoren, der zur Friedensförderung im europäischen Raum beigetragen hat, einem Teil der Welt, der – man kann es nicht genug betonen – die längste Friedensperiode seiner Geschichte erlebt. Doch dieser Faktor ist nicht der einzige; man muss auch an die Bemühungen der am Anfang dieses Berichts erwähnten Organisationen erinnern, welche erst die Voraussetzungen für den Dialog und ein besseres Zusammenleben geschaffen haben. Um aber auf die Frage der Abschreckung zurückzukommen, ist zu betonen, dass sie ihre volle Wirkung nur im Konzept eines symmetrischen Krieges entfalten kann. Das Aufkommen asymmetrischer Bedrohungen hat die Lage verändert: Gegen den Terrorismus oder den Cyberkrieg kann ein Atomarsenal nichts ausrichten.

Die Schweiz kann letztlich nichts anderes tun, als diese Tatsachen und das Atomrisiko zur Kenntnis zu nehmen. Dennoch muss sich unser Land weiterhin für die Deeskalation bei der real vorhandenen Bedrohung einsetzen und seine Politik der Friedensförderung bzw. zugunsten der friedlichen Koexistenz und nuklearen Abrüstung fortsetzen.

In seinem jüngsten Abrüstungsbericht (Juni 2017) unterstreicht der Bundesrat seinen Einsatz für das Verbot und die Eliminierung aller Kategorien von Massenvernichtungswaffen, seien sie atomar, chemisch oder biologisch. Ausserdem strebt er eine Politik der Rüstungsbeherrschung und -kontrolle, von Abrüstung und Nichtweiterverbreitung an, um die internationale Sicherheit zu verstärken. Ohne die Stärkung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu vergessen.

---

<sup>15</sup> MORILLOT, Juliette et MALOVIC, Dorian: *La Corée du Nord en 100 questions*. Paris, Edition Tallandier, 2016.



Ein wichtiges Programm, das unsere klare Unterstützung verdient. Schöne Worte, die jedoch vielleicht gewichtiger wären und im Ausland mehr gehört würden, wenn man gleichzeitig zur Tat schreiten würde – aber eine starke Fraktion im Parlament will die Verteidigungsausgaben massiv erhöhen und das Land dazu zwingen, sich völlig abzukapseln...

Dabei hätte der Depositarstaat der Genfer Konventionen einen guten Trumpf in der Hand...

### 3.4. Die neuen Kriege: asymmetrische Kriege

Die Entwicklung der Militärtechniken und immer ausgefeiltere technologische Mittel haben die Kriegsführung tiefgreifend verändert.

Während die traditionellen Kriege in den letzten Jahrhunderten im Aufeinandertreffen der Armeen zweier Länder oder Länderkoalitionen im Geist des Westfälischen Rechts bestanden, ist diese Art der bewaffneten Konfrontation im Lauf der letzten Jahrzehnte nach und nach verschwunden. Die demokratischen Fortschritte in zahlreichen Ländern auf der ganzen Welt sind einer der Erklärungsfaktoren, denn man geht davon aus, dass ein demokratischer Staat im Allgemeinen dazu tendiert, Streitigkeiten mit einem Dritten friedlich und mit Verhandlungen zu lösen. **Die weltweite Ausbreitung der demokratischen Werte fördert den Frieden.** Die Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen und anderer Institutionen wie der OSZE oder der NATO, der internationale Lernprozess im Umgang mit Konflikten und deren Entschärfung sowie in gewissen Fällen die nukleare Abschreckung haben ebenfalls dazu beigetragen, die Häufigkeit dieser traditionellen Kriege deutlich zu senken.

Das ändert leider nichts daran, dass es solche Konflikte noch immer gibt. Dies jedoch häufig in veränderter Form, zum Beispiel innerhalb eines Staats, zwischen zwei Nichtregierungsgruppen oder zwischen dem Staat und einer lokalen Guerilla. Gemäss Aymeric Chaurade, der von Olivier Zajec in *Introduction à l'analyse géopolitique: Histoire, outils, méthodes*<sup>16</sup> zitiert wird, «liegt der wichtigste zeitgenössische Konfliktfaktor in der häufigen Inkohärenz zwischen Staat und Ethnie. Es gibt heute mehr innerstaatliche als zwischenstaatliche Konflikte, weil gewisse Ethnien ihren Platz, den sie innerhalb der Staatsgrenzen haben, anfechten».

Konflikte zwischen zwei Kriegsparteien, die nicht den gleichen Status und die gleichen Mittel haben, sind klassisch geworden: Oft geht es um den Aufstand des Schwachen gegen einen starken Staat. Die unterschiedliche militärische Stärke zweier Kriegsparteien, des Starken und des Schwachen, zwingt Letzteren dazu, seine Taktik anzupassen, den traditionellen Frontkampf, der für ihn fatal wäre, zu vermeiden und **mit den Waffen des Schwachen, Terro-**

---

<sup>16</sup> ZAJEC, Olivier: *Introduction à l'analyse géopolitique: Histoire, outils, méthodes*. Monaco, Éditions du Rocher, 2016.

**rismus oder Guerilla**, zu kämpfen, was die regulären Armeen faktisch vor grösste Probleme stellt.

Traditionelle Kriege wie jener gegen den Irak 2003 haben deutlich die riesige militärische Überlegenheit einer Koalition von westlichen Staaten mit gut trainierten, hervorragend ausgerüsteten Streitkräften gezeigt, welche die Armee Saddam Husseins sehr leicht in einer Art «Blitzkrieg» überwältigen konnten. Einige Jahre zuvor hatte das Serbien von Milosevic das gleiche Schicksal erlitten, später die Taliban in Afghanistan oder die Armee von Gaddafi in Libyen. Der Anfangssieg ist einfach, er stützt sich insbesondere auf eine erdrückende Überlegenheit in der Luft, doch die Beispiele des Irak oder von Afghanistan haben uns auch deutlich gezeigt, dass die wahren Probleme erst nachher beginnen: Der unsichtbare Verlierer, der sich perfekt in seine Umgebung integriert und mit der Zivilbevölkerung vermischt, verlegt sich auf Terrorakte und Guerilla, eine Strategie, mit der er den Eroberer destabilisieren, ihm grosse Verluste zufügen und ihn zu immer umfassenderen materiellen und personellen Einsätzen zwingen kann. Das führt letztlich zur Entmutigung und dazu, dass besonders in der öffentlichen Meinung der westlichen Länder die Berechtigung und der Preis des Krieges in Frage gestellt werden. Die politischen Ziele der westlichen Koalitionen wurden definitiv nicht erreicht, der Fall der Regimes von Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi haben für das irakische und das libysche Volk nicht den Weg für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit, Demokratie und Wohlstand geebnet, sondern ganz im Gegenteil zu täglichem Chaos und Terror geführt. Ohne Zweifel ist das einer der Hauptgründe ...nebst dem fehlenden Öl in Syrien... weshalb die westlichen Streitkräfte Baschar al-Assad sein Volk haben töten lassen ohne einzugreifen.

Die Beispiele der Kriege in Afghanistan, Irak oder Libyen scheinen letztlich die Sinnlosigkeit der Kriege zu zeigen, die auf einer erdrückenden militärischen Überlegenheit beruhen. **Diese Ineffizienz ist den Ergebnissen der Friedenseinsätze unter der Ägide der UNO entgegenzustellen:** Das kollektive Sicherheitssystem, das auf der Unparteilichkeit der UNO und dem Einsatz von Kräften zwischen den Kriegsparteien beruht, hat im Gegensatz dazu eine tiefgreifende Lösung zahlreicher Konflikte ermöglicht.

Man spricht gerne auch vom **hybriden Krieg**. Ein noch nicht wirklich genau definierter Begriff, der jedoch den heutigen Situationen entspricht, in denen die Angriffe verschiedenste Formen annehmen, oft mit Armeen mit konventionellem Material, aber ungewöhnlichen Kampfaktiken, dann aber auch Terrorangriffe, Cyberattacken oder gar mit wirtschaftlichen Mitteln. Man kann auch vom **kombinierten Einsatz subversiver, unkonventioneller Taktiken militärischer, paramilitärischer oder ziviler Art mit einem strategischen Ziel sprechen**.

All dies sei hier erwähnt, um nochmals zu betonen, dass die neuen Kriege, mit denen wir in Zukunft konfrontiert sein könnten, asymmetrischer Art sein werden, Konflikte mit Schwachen gegen Starke, oder hybride Kriege. Für ein Land wie die Schweiz sind die Risiken in diesem Bereich vor allem beim Terrorismus oder der Cyberproblematik zu suchen. Um solchen Gefahren zu begegnen, braucht es in erster Linie Polizeikräfte, Grenzwächter oder Spezialisten in Cyberkriminalität. Und nicht die Armee.

Man könnte diese verschiedenen Überlegungen nicht besser zusammenfassen und dabei noch das Feld unserer Überlegungen öffnen, als dies Amaël Cattaruzza und Pierre Sintès in ihrem Werk *Géopolitique des conflits*<sup>17</sup> auf Seite 111 tun: «Die Staaten sind weniger mit zwischenstaatlichen Kriegen als mit neuen, oft transnationalen Gefahren (Machenschaften, Terrorismus, Cyberterror, grenzüberschreitende Kriminalität usw.) konfrontiert, die neue Arten des Kampfes erfordern. Auch treten Fragen im Zusammenhang mit der nationalen Verteidigung, die sich früher auf den Schutz des nationalen Territoriums konzentrierten, in den strategischen Debatten mehr und mehr in den Hintergrund zugunsten von breiteren Sicherheitsfragen. Mit dem immer stärkeren Zusammengehen von zivilen und militärischen Behörden bei den verschiedenen Einsätzen und angesichts neuer (gesundheitlicher, ökologischer, ökonomischer) Risiken tendiert selbst der Grundbegriff der **Sicherheit** dazu, sich zu verändern und auszuweiten. Früher war er dem militärischen Bereich vorbehalten, heute wird er von den Verteidigern des Begriffs der **menschlichen Sicherheit** benutzt.»

---

<sup>17</sup> CATTARUZZA, Amaël et SINTÈS, Pierre: *Géopolitique des conflits*. Paris, Bréal, 2016.

## **4. Analyse der Sicherheitsrisiken für die Schweiz**

### **4.1. Ein konventioneller Krieg mitten in Europa ist in absehbarer Zeit kaum vorstellbar**

Die Schweiz liegt mitten in Europa, umgeben von befreundeten, demokratischen Ländern, mit denen unser Land in zahlreichen Bereichen zusammenarbeitet, insbesondere in der Wirtschaft. Europa hat seit den 90er Jahren verschiedene Konflikte erlebt, deren Ursprünge aber weiter zurückliegen. Davon betroffen waren zuerst vor allem Ex-Jugoslawien und später die direkt an Russland angrenzenden Länder, die nicht Mitglieder der Europäischen Union oder der NATO sind; eine Art Überbleibsel des ehemaligen Einflussgebietes der russischen Macht, die Reste der alten Pufferzone, die Russland unter allen Umständen unter seinem Einfluss zu behalten versucht. Diese Konflikte sind jedoch aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, die Sicherheit in Europa in grösserem Masse zu gefährden und wirklich zu beeinflussen.

Im Gebiet von Ex-Jugoslawien haben die Spannungen deutlich nachgelassen; Kosovo und Serbien möchten mittelfristig der Europäischen Union beitreten, und beide Länder wissen, dass sie Zugeständnisse machen müssen, um dieses wichtige politische Ziel zu erreichen. Nicht alles ist einfach in gewissen Regionen des Kosovo, namentlich im Norden und ganz ausgeprägt in Mitrovica. Es braucht noch Zeit, aber vor Ort ist doch eine klare Tendenz zur Befriedung feststellbar, selbst wenn die KFOR ihre Stellung zwischen den Parteien unbedingt noch während einigen Jahren halten muss, zur Sicherheit von Gütern und Personen und um günstige Voraussetzungen für den Wirtschaftsaufschwung des Kosovo zu schaffen – ein wesentliches Element, um die demokratische Entwicklung des Landes zu gewährleisten. Denn Sicherheit und Entwicklung gehen Hand in Hand.

Bei den Ansprüchen Russlands gegenüber seinen Nachbarländern gibt es hingegen offensichtlich noch Spannungen, besonders in der Ukraine, aber wir können von allfälligen Ausschreitungen in diesen Regionen nicht direkt betroffen sein, sind wir doch durch den Schutzschild der NATO, der seine Wirkung auf unserem ganzen Kontinent entfaltet, umfassend geschützt. Wir sind von Mitgliedstaaten der NATO umgeben, mit Ausnahme Österreichs, das dafür Mitglied der Europäischen Union ist. Jeder Bodenangriff gegen unser Land würde zwingend vorher NATO-Mitgliedländer betreffen, was eine unmittelbare Intervention der Sicherheitskräfte nach Artikel 5 des Washingtoner Abkommens bedeuten würde, um unsere angegriffenen Nachbarländer und damit indirekt auch unser Land zu schützen.

Dass objektiv gesehen für unser Land kein Risiko besteht, in den nächsten Jahren in einen bewaffneten Konflikt verwickelt zu werden, wurde auch vom Bundesrat in seinem

«Sicherheitspolitischen Bericht der Schweiz» vom 24. August 2016 klar erkannt<sup>18</sup>; am Ende von Kapitel 2.2.4 («Bewaffneter Angriff») kann man lesen: «Insgesamt lässt sich sagen, dass eine direkte Bedrohung durch einen bewaffneten Angriff auf die Schweiz – ob im herkömmlichen Sinne oder in unkonventioneller Form – für die nächsten Jahre wenig wahrscheinlich ist. Es sind keine Staaten oder Gruppierungen erkennbar, die sowohl über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, die Schweiz mit militärischen Mitteln anzugreifen, als auch entsprechende Absichten hegen.»

Regelmässig ist die Rede vom Erstarren der russischen Armee, die potenziell wieder bedrohlich geworden sein soll. Auch wenn eine glaubwürdige Bedrohung durch die russische Atommacht besteht, ist doch daran zu erinnern, dass die Vereinigten Staaten als Grundpfeiler der NATO noch immer ungefähr zehnmal mehr in ihre Verteidigung investieren als Russland (Anhang 1). Zudem hält die Expertengruppe im Bericht «Luftverteidigung der Zukunft» 2017 auf S. 66<sup>19</sup> fest: «Auch mittelfristig dürften die russischen Streitkräfte kaum in der Lage sein, raumgreifende Operationen grossen Ausmasses gegen die Nato zu führen. Dazu fehlen ihnen insbesondere die Fähigkeiten zur Erringung einer ausreichenden Luftüberlegenheit.»

Zum Schluss drängt sich ein Gedanke auf, der uns daran erinnert, warum Staaten im Wesentlichen gegeneinander Krieg führen können. Wie Christian Malis in seinem Werk *Guerre et stratégie au XXIe siècle*<sup>20</sup> ausführt, **«gibt es drei übliche Quellen für Spannungen zwischen Staaten, die in einen Konflikt münden können: der Wille zu einer regionalen Domination, die Kontrolle der Ressourcen, beispielsweise Energie oder Rohstoffe, oder eine Rivalität zwischen Identitäten auf historischer, ethnischer oder religiöser Grundlage»**. Solche Voraussetzungen scheinen auf die Schweiz und ihre Nachbarn nicht zuzutreffen.

## 4.2. Terrorismus

Monat für Monat, Woche für Woche sind wir macht- und sprachlose Zeugen von Terrorakten, freiwilligen, von Einzeltätern oder Grüppchen im Namen des Islamischen Staats oder aus anderen Gründen begangenen Taten. Man muss hier Klartext reden: **Unser Land kann ein potenzielles Ziel werden, und der Kampf gegen den Terrorismus muss bei unseren Sicherheitszielen eine Priorität darstellen.**

Amaël Cattaruzza und Pierre Sintès zitieren in *Géopolitique des conflits*<sup>21</sup> François Géré, der in *Pourquoi le terrorisme?*<sup>22</sup> den Terrorismus als gewalttätige Handlungsform im Bruch

<sup>18</sup> *Die Sicherheitspolitik der Schweiz*: Bericht des Bundesrates vom 24. August 2016.

<sup>19</sup> *Luftverteidigung der Zukunft: Sicherheit im Luftraum zum Schutz der Schweiz und der Bevölkerung*. Bericht der Expertengruppe Neues Kampfflugzeug vom 30. Mai 2017.

<sup>20</sup> MALIS, Christian: *Guerre et stratégie au XXIe siècle*. Paris, Fayard, 2014.

<sup>21</sup> CATTARUZZA, Amaël und SINTÈS, Pierre: *Géopolitique des conflits*. Paris, Bréal, 2016.

<sup>22</sup> GÉRÉ, François: *Pourquoi le terrorisme?* Paris, Larousse, 2006.

mit den allgemein anerkannten Kriegsregeln definiert, die häufig auf der «Beliebigkeit des Ziels» sowie auf Überraschung und Unmittelbarkeit beruht. Diese Elemente bilden zusammen die «Spektakularität», mit der sie die mediale Aufmerksamkeit auf sich lenken. Dieser selektive oder zufällige Einsatz der spektakulären physischen Gewalt in Friedens- oder Kriegszeiten soll bei einer Bevölkerung und ihren Behörden einen Zustand psychologischer Verwirrung auslösen, um die Umsetzung politisch-ideologischer Ziele der Terroristen zu fördern. Historisch gesehen hatte der Terrorismus, wie Rumu Sarkar in *Une symétrie de la peur. Vers un nouvel équilibre mondial des puissances ?*<sup>23</sup> (auch zitiert in *Géopolitique des conflits*) ausführt, ursprünglich mehr territorialen Charakter mit der Ausrichtung auf regionale Unabhängigkeits- oder Irredentismuskämpfe (IRA in Nordirland: Ziel Grossbritannien, ETA im Baskenland: Ziel Spanien, oder PLO in Palästina: Ziel Israel zum Beispiel). Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts (extremistischer Terrorismus vor allem der extremen Linken wie der Roten Armee Fraktion) und besonders seit den Attentaten vom 11. September 2001 hat sich jedoch der globale, auf einer Ideologie oder Religion beruhende Terrorismus in den Vordergrund gedrängt. Das gilt namentlich für die **dschihadistische Ideologie** mit Terroristen aus Schlafzellen, die schwierig aufzuspüren sind und überall und jederzeit zuschlagen können, in den arabischen Ländern, in Afrika oder in der westlichen Welt. Der Terrorismus ist zu einer **weltweiten Problematik** geworden...

Der Kampf gegen Terrorismus in der Schweiz umfasst verschiedene Massnahmen:

- Stärkung unseres Nachrichtendienstes, was dank dem 2016 vom Schweizer Volk angenommenen Gesetz möglich ist, sowie Stärkung des militärischen Nachrichtendienstes.
- Stärkung der Interventionsfähigkeit der Polizeikräfte, die in erster Linie im Bereich des Terrorismus tätig sind – eine Priorität.
- Stärkung des Grenzwachtkorps.
- Stärkung der Zusammenarbeit und unseres Informationsaustausches mit den Nachbarländern, denn Terrornetzwerke haben keine Grenzen.
- Verhinderung jeder Terrorfinanzierung durch unsere Finanzplätze.

Mittel zu sprechen, um sich gegen den blinden Schrecken der Terrorakte zu verteidigen, hat hohe Priorität, muss aber von präventiven Massnahmen hier und anderswo begleitet sein, um die wichtigsten Ursachen zu bekämpfen, die den Terror begünstigen:

- In der Schweiz braucht es **eine Integrationspolitik**, namentlich bei den Jugendlichen, und **Informationsbestrebungen**, so bezüglich des extremistisch-religiösen Bekehrungs-

---

<sup>23</sup> Rumu Sarkar in «*Une symétrie de la peur. Vers un nouvel équilibre mondial des puissances?*». Paris, CLD éditions, 2008.

eifers im Internet, um das Risiko der Radikalisierung von Personen zu senken. Es braucht regelmässige und respektvolle Kontakte mit den Minderheitsgemeinschaften, zum Beispiel den Kreisen der islamischen Kultur, um Integration und gegenseitiges Kennenlernen zu fördern.

- In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, gut zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden. Nach Brigitte Dumortier in *Géopolitique de l'Afrique et du Moyen-Orient*<sup>24</sup> ist «der Islam eine Religion mit Strömungen, die von ganz offen und modern bis zu ganz sektiererisch und fundamentalistisch sein können, und er ist zu unterscheiden vom Islamismus, einem politischen Projekt, das auf dem Koran gründende Institutionen, eine strenge und exklusive Anwendung des muslimischen Rechts (Scharia) sowie eine Ideologie der Bewahrung sozialer Strukturen anstrebt, die auf religiösen Vorschriften besonders bezüglich der Stellung der Frau beruhen.»
- In Bezug auf das Ausland sind es gescheiterte Staaten, rechtsfreie Räume, in denen keine Macht ihre Autorität durchsetzen kann, Konflikt- und Elendsgebiete sowie verschleppte, ungelöste Konflikte (Palästina, Syrien oder Irak), die das Terrain für terroristische und kriminelle Entfaltung ebnet. Eine aktive Aussenpolitik im Hinblick auf Friedensförderung, Ausbau der Demokratie und der Menschenrechte, Kampf gegen Ungleichheiten und Armut ist ein wirksames Mittel, damit die Welt friedlicher und gerechter wird. So wird auch die Migration abnehmen, ein Phänomen, das durch Krieg, Elend sowie fehlende Zukunftsperspektiven besonders bei den jungen Generationen gefördert wird.

#### 4.2.1 Terrorakt – Intervention – Schutz der Bevölkerung

**Unser Land ist nicht vor einem Terrorangriff geschützt.** Denn selbst wenn die Schweiz für den islamischen Staat kein prioritäres Terrorziel darzustellen scheint, ist alles möglich. Man ist nie sicher vor einem «einsamen Wolf» oder einem psychisch angeschlagenen Nachahmungstäter. Die Antwort des Staatsapparats muss unmittelbar und mit umfassenden Mitteln erfolgen, die der Bedeutung des Ereignisses gerecht werden: Polizei, Feuerwehr, Ambulanzen, Notfalldienste, Spitäler und je nach Bedarf Zivilschutz und Armee, wenn sie gemäss dem Subsidiaritätsprinzip von den Zivilbehörden angefordert werden.

Besonders wichtig muss die rasche Information sein, um die Bevölkerung auf dem Laufenden zu halten, ihr Anweisungen zu geben und so soweit möglich negative Folgen zu verhindern. Ohne im Nachgang den Einsatz von psychologischen Fachkräften zu vergessen, die sich um traumatisierte Personen oder Zeugen der schrecklichen Ereignisse kümmern.

---

<sup>24</sup> DUMORTIER, Brigitte: *Géopolitique de l'Afrique et du Moyen-Orient*. Paris, Nathan, 2017.

Bei einem Terrorangriff muss als erstes die Polizei eingreifen. An vorderster Front stehen Polizistinnen und Polizisten, trainiert für Einsätze unter Zivilpersonen und in Städten, erfahren in der Neutralisierung der Wahnsinnigen und ausgerüstet mit entsprechender Schlagkraft.

Wenn es unter diesen Umständen auch den Einsatz der Armee braucht, dann nicht auf dem Höhepunkt der Krise, sondern im Nachgang, falls Bedrohungen weiterbestehen, mit «Bewachungsaufgaben» zur Sicherung öffentlicher Orte (wie in Frankreich) und kritischer Infrastrukturen.

### 4.3. Cyberbedrohungen

Die Risiken in diesem Bereich sind in wenigen Jahren zu einer Priorität für die Sicherheit eines Landes, seiner Unternehmen und Bewohner geworden. Cyberrisiken betreffen die ganze Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft. Gross angelegte Angriffe in jüngster Zeit, die Verwaltungen, Spitäler oder Fabriken in der ganzen Welt blockiert haben, zeigen uns die Bedeutung dieser Problematik.

Die Bedrohungen im Cyberraum und die Cyberwelt sind vielfältig, vielschichtig und komplex: Spionage, Krieg, Kriminalität, Beeinflussung, Sabotage gehören dazu. Mit Internet kann man Daten ausspionieren, abfangen oder verändern, Kontrolle aus der Distanz übernehmen, die Reputation angreifen, Beeinflussungsstrategien organisieren, indem auf breiter Ebene Falschinformationen oder Gerüchte gestreut werden, Datenklau als wirtschaftliche Waffe einsetzen, einen illegalen Handel organisieren, Finanzströme umleiten usw. Heimtückische Piraterie und Angriffe, diskret, anonym, mit möglicherweise schweren Folgen für die Opfer, aber ohne grosses Risiko für ihre Urheber... Denn die Quelle eines Cyberangriffs mit Sicherheit zu entlarven, ist oft eine äusserst komplexe Angelegenheit – die Kriminalität von morgen...

Die Idee, wie wir uns den Cyberraum vorstellen sollen, ist normalerweise sehr abstrakt. Ein namentlich von Daniel Ventre entwickeltes und im Werk von Amaël Cattaruzza und Pierre Sintès *Géopolitique des conflits*<sup>25</sup> zitiertes Konzept erlaubt uns, diesen «Raum» besser zu erfassen, mit virtuelleren und gewöhnlicheren Anhaltspunkten. Und vor allem hilft es, die möglichen Angriffsebenen besser zu verstehen. Daniel Ventre beschreibt den Cyberraum als Raum mit verschiedenen Ebenen:

- 1) Eine materielle Ebene, die den Infrastrukturen entspricht: Gebäude, in denen Server lagern, Unterwasserkabel usw. Elemente, die man physisch zerstören kann.
- 2) Eine Software-Ebene, die eigentliche Informatikstruktur, die den Einsatz des Computers sowie die Transkription und Übermittlung der Daten erlaubt. Mögliche Attacken mittels Hacker-Angriffen, Viren, Trojanern usw.

---

<sup>25</sup> CATTARUZZA, Amaël und SINTÈS, Pierre: *Géopolitique des conflits*. Paris, Bréal, 2016.



- 3) Eine kognitive Ebene der Informationsinhalte. Diese Angriffe zielen auf Diebstahl oder Zerstörung von Informationen und Daten, Änderungen der Anzeige, Einschleusung von Botschaften oder falschen Daten, Propagandaaktionen.

Eine Welt für sich, die sich ständig weiterentwickelt und ganz besondere Kompetenzen erfordert, um dagegen vorgehen zu können.

Gegenwärtig kann der Bund auf ungefähr fünfzig hoch qualifizierte Personen in diesem Bereich zählen. Das sind viel zu wenig. Es ist dringend nötig, diese Bestände deutlich zu erhöhen und aktiv mit der ganzen Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um unsere Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern und Infrastrukturen zu schützen, insbesondere die kritischen Infrastrukturen, Unternehmen und Einzelpersonen.

Wir verfügen über Hochschulen mit Kompetenzen, die für die Ausbildung unserer zukünftigen «Netzzöllner» eingesetzt werden müssen. In Zusammenarbeit mit den Hochschulen wird ein neuer Studiengang entwickelt: ICT Security Expert. Wenn wir massiv auf Forschung und Entwicklung in diesem Bereich setzen, werden wir unsere Kompetenzen im Aufspüren und in der Abwehr der Angriffe verbessern sowie die Reaktions- und Widerstandsfähigkeit des ganzen Landes gegen solche Bedrohungen stärken.

Gleichzeitig ist es entscheidend, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und breiter gefasst mit der ganzen internationalen Gemeinschaft zu intensivieren und zu verbessern. Angesichts der Komplexität eines Bereichs, der keine Grenzen kennt, kann die Antwort nur international sein. **Zusammengefasst also mehr Mittel, mehr Fachkräfte, mehr Zusammenarbeit in der Schweiz und im Ausland.**

## 4.4. Klimagefahren

Unser Land ist sich der Risiken im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung bewusst geworden und das Parlament hat das Pariser Klimaabkommen ratifiziert. Offiziell erfolgte die Ratifizierung am 6. Oktober 2017 in New York mit der Unterzeichnung des formellen Beitritts der Schweiz. 195 Staaten haben die Vereinbarung unterzeichnet und sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen deutlich zu senken, mit dem Ziel, am Ende dieses Jahrhunderts den durchschnittlichen Temperaturanstieg auf der Erde auf unter 2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Der Start einer starken internationalen Mobilisierung für das Klima, mit welcher der Einsatz fossiler Energien gesenkt, der Zugriff auf erneuerbare Energien stark erhöht und eine gewaltige technologische Revolution entwickelt werden soll. Der einzige Schatten, der darauf liegt, ist das jüngste Zaudern der USA von Donald Trump.

Die Experten prognostizieren mehr Extremereignisse insbesondere im Zusammenhang mit der Intensivierung und Beschleunigung des Wasserkreislaufs: Die Erwärmung kann mehr Wasser zum Verdampfen bringen, das anschliessend als Niederschlag wieder auf die Erde

fällt. Hinzu kommt, dass die Erwärmung der Ozeane Ausgangspunkt von immer stärkeren Wirbelstürmen werden kann. Diese natürlichen Gefahren als Folge des Klimawandels könnten sich in unserem Land in Form von Hochwasser, Überschwemmungen, Stürmen, Erdbeben oder Trockenperioden insbesondere mit Sommerhitze und Waldbränden auswirken.

Die grössten Risiken betreffen die Gebiete mit besonders ausgeprägter Topographie, zum Beispiel die Alpentäler. Die Gletscherschmelze könnte neue Seen bilden, die plötzlich abfliessen und weiter unten Katastrophen auslösen können. Mit der Klimaerwärmung wird die Stabilität des Permafrostes abnehmen und damit auch die Stabilität unserer Berghänge mit der Gefahr von mehr Erdbeben, Sturzbächen und Bergstürzen. Dazu kommen Risiken für unsere Staudämme, Dörfer und Infrastrukturen, namentlich Strassen und Eisenbahnen.

Um diesen Ereignissen möglichst zuvorzukommen, ist es für unser Land von zentraler Bedeutung, die Ursachen der Klimaerwärmung entschlossen zu bekämpfen. So kommt auch die 2017 vom Schweizer Volk angenommene Energiestrategie 2050 zum Tragen. Ein erstes Ziel wurde bereits angekündigt: Die Senkung bis 2030 um annähernd die Hälfte unserer Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990. Es braucht auch, etwa in der Raumplanung, Massnahmen zur Anpassung an ein immer wärmeres Klima, um die Folgen von Hochwasser oder anderen Schadensereignissen einzudämmen. Und für all diese Herausforderungen braucht es in Zukunft erhebliche finanzielle Mittel.

## 4.5. Kritische Infrastrukturen

Unter kritischen Infrastrukturen versteht man zentrale Elemente für das reibungslose Funktionieren des Staates und der Gesellschaft. Wenn nur eines dieser Rädchen ausfällt, kommt das ganze System ins Stocken...

Die Bedrohungen für diese Infrastrukturen sind natürlicher (zum Beispiel Überschwemmungen, Erdbeben, grosse Erdbeben) oder technischer Art (Unfall) bzw. können in einem menschlichen Irrtum oder einer vorsätzlichen Tat wie einem Attentat oder Cyberangriff liegen. So braucht es nur einen Terror- oder Cyberangriff, ein Erdbeben, schwere Überschwemmungen, und das Chaos bricht aus... Nehmen wir zum Beispiel die Stromversorgung. Bei einem Blackout würde unsere ganze Gesellschaft stillstehen und Haushalte, den öffentlichen Verkehr, Sicherheit, Spitäler usw. zum Erliegen bringen. Eine blockierte Gesellschaft. Wie soll man dieses Problem angehen?

Die erste Antwort auf diese Gefahren liegt in der Stärkung der **Resilienz**, also der Widerstandsfähigkeit auf allen Ebenen. Fähig sein, auf Dauer zu widerstehen. Aber Resilienz bedeutet mehr als nur Widerstand, sie bedeutet auch Reaktions- und Anpassungsfähigkeit. Um die Schäden zu begrenzen, Hilfe zu leisten, Ersatzlösungen anzubieten und die Folgen sowie die Dauer der Einschränkungen auf ein Minimum zu beschränken. Von den höchsten Staats-

ebenen über alle Akteure und Unternehmen, die das Land «antreiben», bis hin zu jeder einzelnen Person. Um dies zu ermöglichen, müssen allfällige Ereignisse erkannt und antizipiert und die Antworten im Ad-hoc-Verfahren erarbeitet werden.

Dafür braucht es präzise Dossiers zu allen Strukturen, die zusammen diese berühmten Infrastrukturen bilden. Dossiers mit möglichst umfassender Auflistung der verletzlichen Elemente, Risiken, Herausforderungen und möglichen Folgen. Mit Lösungen, die in Notfallplänen zusammengefasst werden. **Der Cyberschutz im Bereich der kritischen Infrastrukturen ist heute eine Priorität.**

Hier eine weitgehend umfassende Liste dessen, was zum Begriff der kritischen Infrastrukturen gehört:

- 1) Die Staatsführung (Behörden, Verwaltung)
- 2) Die Energiequellen und -transporte (Staudämme, Kernkraftwerke, Stromnetze, Versorgung der Tankstellen)
- 3) Das Finanzsystem
- 4) Das Gesundheitssystem
- 5) Die Kommunikations- und Nachrichtendienste
- 6) Die Transportdienste, insbesondere Züge und andere öffentliche Verkehrsmittel, sowie die Flughäfen
- 7) Die öffentliche Sicherheit
- 8) Der Zugang zur Ernährung
- 9) Die Wasserversorgung
- 10) Die industrielle Leistungsfähigkeit

Ohne zu vergessen, dass gewisse Schäden zum Beispiel nach einem Terrorangriff gegen einen Staudamm oder ein Atomkraftwerk verheerende Folgen für die Bevölkerung und die Zukunft des Landes haben könnten.

## 5. Entwicklung der Schweizer Armee seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges

### 5.1. Neutralität – der grosse nationale Mythos

Die Schweizer Geschichte und die patriotischen Reden lehren uns, es sei unseren Soldaten dank ihrer Tapferkeit und der Macht der Schweizer Armee gelungen, im Zweiten Weltkrieg die Truppen des 3. Reichs von einem Angriff auf die Schweiz abzuhalten. Unsere Armee mit mehreren hunderttausend Mann an der Grenze soll eine Invasion verhindert und so die Unabhängigkeit unseres im Krieg neutralen Landes bewahrt haben.

Diese Interpretation der Geschichte ist für viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine unbestrittene historische Tatsache und rechtfertigt für sie die Erhaltung einer Armee, um im Fall der Fälle morgen über Mittel zu verfügen, mit denen wir die heroische Tat unserer Vorfahren wiederholen könnten.

Es liegt mir fern, den Einsatz und die grossen Opfer einer ganzen Generation von Soldaten im 2. Weltkrieg in Frage zu stellen. Soldaten, die während langen Monaten an der Grenze, weit weg von ihren Familien, in der Kälte, und häufig unter Entbehrungen mutig und mit Überzeugung ihren Auftrag ausgeführt haben.

Das ändert aber nichts daran, dass mit der Problematik der vergessenen jüdischen Vermögen und der historischen Aufarbeitung durch die Bergier-Kommission die Klärungen der Historiker zu dieser stürmischen Zeit unserer Geschichte eine andere Analyse der Geschehnisse ermöglicht und so den sakrosankten Mythos unserer Neutralität bzw. der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes ins Wanken gebracht haben.

Der Bergier-Bericht zeigt auf, dass die Schweiz von den Achsenmächten dank einer «wohlwollenden Zusammenarbeit» nicht angegriffen wurde<sup>26</sup>: Die Deutschen brauchten die Schweiz nicht zu besetzen, um von ihr das zu erhalten, was sie suchten.

- Die Schweiz wurde im 2. Weltkrieg dank der Zusammenarbeit zahlreicher Banken zum Finanzplatz Deutschlands.
- Die Schweiz tätigte in dieser Zeit bedeutende industrielle Exporte nach Deutschland und unterstützte damit objektiv gesehen die deutschen Kriegsbemühungen.
- Der Bahnkorridor durch die Alpen wurde von den Achsenmächten äusserst rege benutzt: Der Transitverkehr auf der Gotthardlinie zwischen Deutschland und Italien nahm in dieser Zeit explosionsartig zu.

---

<sup>26</sup> BOSCHETTI, Pietro: *Les Suisses et les nazis: Le rapport Bergier pour tous*. Carouge-Genève, Éditions Zoé, 2010.

- Die Schweiz hat in dieser Zeit 1,7 Milliarden Goldfranken, welche die Reichsbank an die Schweizer Nationalbank überwies, im Austausch mit Schweizer Franken weissgewaschen. Schweizer Franken, die für Deutschland sehr nützlich waren, um wichtige Güter für die Fortführung des Krieges zu kaufen. Ein grosser Teil dieses Goldes stammte von Holocaust-Opfern oder war in den besetzten Ländern geplündert worden.
- Schweizer Filialen in Deutschland profitierten von der Zwangsarbeit – oftmals unter unmenschlichen Bedingungen – von Kriegsgefangenen oder Deportierten.
- Die Schweiz führte damals ihre «Das Boot ist voll»-Politik mit der Einreiseverweigerung und teilweisen Rückschiebung von über 20'000 Flüchtlingen, darunter zahlreiche Juden, von denen viele in den Konzentrationslagern umkamen.

Ich habe nicht die Absicht, das damalige Verhalten der Schweizer Behörden zu verurteilen, denn es ist immer einfacher, die Geschichte neu zu schreiben. Das ändert jedoch nichts daran, dass die gegenüber Nazideutschland sehr wohlwollende Neutralität der Schweiz das Bild einer Vergangenheit, die mit der Zeit zu einem Schweizer Nationalmythos wurde, stört oder zumindest in Frage stellt.

### **5.1.1. Welchen Sinn hat die Schweizer Neutralität heute?**

Der Ursprung des Prinzips der Schweizer Neutralität ist in unserer Geschichte, in der Renaissance zu suchen. Das absolut ehrbare Prinzip macht Sinn für einen von Ländern umgebenen Staat, die jederzeit in der Lage sind, sich gegenseitig Krieg zu erklären. Dies war während unserer ganzen Geschichte bis vor kurzem der Fall. Doch heute sieht die Lage anders aus. Die europäischen Länder leben in Frieden, sind faktisch alle miteinander verbündet und, mit Ausnahme unseres Nachbarn Österreich, Mitglieder derselben grossen Militärkoalition, der NATO. Wir sind mit all diesen Ländern befreundet, handeln mit ihnen, tauschen uns aus, es gibt grosse Durchmischungen der Bevölkerungen und Doppelbürgerschaften. Wir arbeiten via Partnerschaft für den Frieden bereits mit der NATO zusammen. Wie unsere Nachbarländer und Freunde haben wir uns für eine demokratische Welt entschieden und wünschen Frieden in Europa und anderswo.

Anzumerken bleibt, dass die Schweiz heute nicht der einzige Staat Europas ist, der sich für neutral erklärt. Aus Gründen, die mit ihrer Geschichte zu tun haben, teilen Irland, Schweden, Österreich und Finnland mit der Schweiz diesen besonderen Status, der die Auflösung des Blocksystems überlebt hat. Dieser Status verhindert per Definition den Beitritt zu einem Militärbündnis, und die genannten Länder gehören zusammen mit der Schweiz zur «Partnerschaft für den Frieden» der NATO.

Der Neutralitätsstatus der Schweiz hat positive Aspekte: Unser Wille zu unterstützen, zu helfen und unsere guten Dienste anzubieten, wird glaubwürdiger. Die schöne Geschichte des

Roten Kreuzes entstand bei uns. Dank dem internationalen Genf sind wir ein bevorzugter Ort für internationale Treffen von Ländern aus aller Welt, wo in der Vergangenheit viele Konflikte geregelt wurden und in Zukunft hoffentlich noch geregelt werden können.

Die heutigen geopolitischen Umstände unseres Kontinents, Ergebnis der Friedensarbeit der Europäerinnen und Europäer nach dem letzten Weltkrieg, bedeuten, dass die Schweiz in absehbarer Zeit keinen Konflikt mehr zwischen zwei Nachbarstaaten miterleben wird. All ihre Nachbarn sprechen mit einer Stimme und ziehen am gleichen Strick. Unter diesen Bedingungen neutral zu bleiben ist nicht schwierig, und die Schweiz darf durchaus weiter darauf stolz sein. Dies sollte unser Land aber nicht daran hindern, einen weiteren Schritt auf die Nachbarn, auf die NATO zuzugehen, um Verteidigungsfragen konkreter zu diskutieren.

Wir sind objektiv durch die NATO und ihr Schutzschild geschützt. Geben wir es zu. Diskutieren wir Zusammenarbeit. Bieten wir an, die gemeinsamen Bemühungen mitzutragen, auf unsere Art, in einer mit dem Geist der Neutralität vereinbaren Form, zum Beispiel der militärischen Friedensförderung im Ausland und der Entwicklungshilfe, und so zu den Bedingungen für mehr Frieden an den Grenzen und ausserhalb Europas beizutragen.

Dies unter offizieller Beibehaltung der Neutralität, denn wir wollen weder anderen Staat angreifen noch in einen zwischenstaatlichen Konflikt involviert werden. Diesen sakrosankten Grundsatz, Teil der helvetischen Identität und ihrer DNA, in Frage zu stellen ist heute und für lange Zeit politisch unmöglich und faktisch auch sinnlos.

## **5.2. Kalter Krieg: ein Massenheer**

Die Schweiz hielt nach dem 2. Weltkrieg und bis 1989 im Umfeld des Kalten Krieges ein Massenheer mit allgemeiner Wehrpflicht und Aktivdienst vom 20. bis 50. Altersjahr aufrecht. Das Heer bestand im Wesentlichen aus Infanterietruppen, häufig wenig und schlecht ausgerüstet, mit einem auf Theorien beruhenden Verteidigungskonzept, die im 2. Weltkrieg Sinn gemacht hatten.

## **5.3. Entwicklung der Armee bis zur aktuellen WEA**

Nach dem Fall der Berliner Mauer wurde die Anzahl Soldaten schrittweise abgebaut; die Wehrpflicht gilt heute für 20- bis 32-Jährige und die Rüstung wurde entsprechend angepasst, insbesondere bei der Luftwaffe mit einer deutlichen Reduktion der Kampfflugzeuge. Das jüngste Konzept, die WEA, beruht auf einem Bestand von 140'000 Mann, um unter Berücksichtigung von Urlauben und vorübergehenden Untauglichkeiten über eine reale Stärke von 100'000 Mann zu verfügen.

## 5.4. Verfassungsaufträge der Armee

Gemäss Verfassung muss unsere Armee drei Aufgaben erfüllen:

- 1. Verteidigung des Landes und seiner Souveränität**
- 2. Hilfe für die Zivilbehörden auf deren Antrag zur Unterstützung der Bevölkerung**
- 3. Militärische Friedensförderung, namentlich durch Missionen im Ausland**

**Militärs pflegen die Armee gewöhnlich als Versicherung gegen mögliche zukünftige Risiken zu definieren.** In der Zwischenzeit nutzt man die Armee gemäss ihren verschiedenen Verfassungsaufträgen folgendermassen:

- 1) Der Einsatz als Verteidigungstruppe beschränkt sich, abgesehen von Ausbildung und Übungen, auf die jährliche Sicherung des WEF und gelegentliche grosse internationale Gipfel sowie auf den Botschaftsschutz (verschiedene Aufgaben, bei denen die Armee die Polizeikräfte subsidiär unterstützt, ausser beim Schutz des Luftraums, einer Aufgabe, die mit der Luftpolizei und der bodengestützten Luftverteidigung allein der Armee obliegt).
- 2) Die Unterstützung der Zivilbehörden kann verschiedener Art sein: Das geht von der Katastrophenhilfe in Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz bis zu einer starken und grossen Beteiligung bei grossen Volksveranstaltungen wie dem eidgenössischen Schwingfest oder der Präparation der Skipisten bei internationalen Rennen in Wengen, Adelboden oder Crans-Montana. Ohne die majestätische Patrouille des Glaciers zu vergessen, die ich ihres sportlichen Aspekts wegen hier aufzähle, auch wenn sie vor allem die Armee betrifft. Erwähnen wir noch die Wasserversorgung der Bergbauern mit Helikoptern in Trockenperioden. Die gleichen Helikopter sind, ebenso wie Aufklärungsdrohnen, im Einsatz zur Überwachung der Grenzen und Unterstützung der Grenzwächter, sowie bei der Suche nach vermissten Personen.
- 3) Die Friedensförderung betrifft seit 1999 im Wesentlichen die Stationierung der Swisscoy im Kosovo im Rahmen der KFOR, der Streitkräfte, die im Auftrag der UNO zwischen den Serben und Albanern im Kosovo stationiert sind. Einige Schweizer Armeeinghörige sind auch anderswo präsent, für militärische Unterstützung in Bosnien, Korea oder Mali zum Beispiel. Gemäss den vom Bundesrat in seinem Sicherheitsbericht regelmässig bekräftigten Zielen wird eine Zahl von 500 im Ausland zur Friedensförderung stationierten Armeeinghörigen angestrebt. Heute hat man Mühe, die Hälfte dieses Ziels zu erreichen. Zu sagen ist, dass ein Engagement der Schweiz in solchen Missionen einerseits grundsätzlich ein offizielles Mandat, in der Regel der UNO oder der Europäischen Gemeinschaft, und andererseits die Integration in eine multinationale Streitkraft bedingt. Denn es geht für unser Land nicht darum, im Ausland alleine Truppen zu stationieren. Ausgeschlossen ist auch, dass Schweizer

Soldaten absichtlich kämpfen eingesetzt werden. Sie sind bewaffnet, aber vor allem um sich und ihr Mandat zu verteidigen. Innerhalb der KFOR werden die Soldaten der Swisscoy vor allem in logistischen Unterstützungsaufgaben oder für die Kontakte vor Ort mit der Zivilbevölkerung eingesetzt, um rechtzeitig allfällige interethnische Spannungen zu erkennen und zu entschärfen.

Eine andere, bis heute wenig wahrgenommene Aufgabe betrifft die Stationierung von Polizeikräften in Ländern im Wiederaufbau, um Kriminalität und Korruption zu bekämpfen, welche die Entwicklung des demokratischen Prozesses, die Stärkung des Staates und die Wirtschaftsentwicklung bremsen.

## **5.5. Reale Verteidigungsfähigkeit des Landes und Problem der Anpassung der Mittel an die realen Risiken**

Die Sicherheitsprobleme im Zentrum Europas haben sich also in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert. Ein traditioneller Konflikt mit einem unserer Nachbarn scheint mittel- oder langfristig unvorstellbar. Hingegen gibt es durchaus plausible und wahrscheinliche Risiken wie den Terrorismus, die grenzüberschreitende Kriminalität, die organisierte Kriminalität oder die Cyberkriminalität. In diesen Bereichen ist es eindeutig nicht die Armee, die an vorderster Front steht, sondern die Polizei, die Grenzwächter, spezialisierte Zellen wie der Nachrichtendienst oder Cyberkompetenzen.

Die Optik der Armeeführer bleibt jedoch nach wie vor starr in erster Linie auf den Ausbruch eines möglichen konventionellen Krieges ausgerichtet. Beweis dafür ist der jüngste Kauf von Minenwerfern, der Wille, eine mechanisierte Infanterie mit zahlreichen Panzern aufrechtzuerhalten, oder die Wiedereinführung einer Luft-Boden- Angriffsfähigkeit für unsere Kampfflugzeuge. Daneben auch das Ziel im WEA-Programm, in weniger als 10 Tagen die sehr grosse Zahl von 35.000 Soldaten mobilisieren zu können, eine Renaissance der Mobilmachung. Zudem möchte man jenseits des Vernünftigen die Zahl unserer Kampfflugzeuge erhöhen, um neben der Luftpolizei auch die Fähigkeit zur Luftkriegführung zu gewährleisten.

Man muss jedoch deutlich sehen, dass die Interventionsfähigkeit der Schweizer Armee in einem konventionellen Krieg beschränkt wäre. Unsere Rüstung ist veraltet, die Luftverteidigung obsolet, unsere Kampfflugzeuge aus Budgetgründen zahlenmässig zwingend begrenzt. Und zum grossen Leidwesen von einigen ist der Bestand unserer Armee im Lauf der Zeit berechtigterweise den realen Risiken entsprechend reduziert worden.

Die Schweiz kann heute eindeutig nicht darauf zählen, sich selbst zu verteidigen, wie sie das angeblich in anderen Zeiten getan hätte. Die Problematik der neuen Technologien, ihr extrem hoher Preis und die beschränkten finanziellen Mittel bedingen natürlicherweise eine



andere Vision unserer Verteidigung, die nicht mehr auf einem «Alleingang» beruht, sondern auf einer differenzierten Lösung, welche die geostrategischen, technologischen und militärischen Realitäten von heute berücksichtigt. Und vor allem ohne daran festzuhalten, unsere objektiv gesehen besondere Situation unter dem Schutz des NATO-Schutzschildes auf dem ganzen europäischen Kontinent weiter verschleiern zu wollen.

## 6. Ein Sicherheitskonzept für die Schweiz

Angesichts der Entwicklung der Sicherheitsrisiken, mit denen die Schweiz objektiv gesehen – ob heute oder mittel- und langfristig – konfrontiert sein könnte, muss unser Land seine Optionen im Bereich der Verteidigung überdenken und richtige Prioritäten festlegen. Es wäre sinnvoll, unsere Armee, die bei den heutigen Risiken nur noch eine subsidiäre Rolle spielen kann, weiter zu verkleinern. Dies würde Mittel freimachen, um die Bestände jener Kräfte zu erhöhen, die bei den aktuellen Sicherheitsherausforderungen (Terrorismus, organisierte Kriminalität, Cyberrisiken und Naturkatastrophen) wirklich prioritär sind. Dabei handelt es sich in erster Linie um Polizeikräfte und Grenzwächter. Und deren Bestände sind momentan ungenügend.

Auch ein anderer konzeptioneller Parameter muss besser berücksichtigt und entwickelt werden: **Die Absicherung der Schweiz und ihrer Bevölkerung muss jenseits unserer Grenzen beginnen.** Eine gerechtere Welt mit weniger Elend und menschlichen Dramen wird eine sicherere Welt sein und damit weniger Auswirkungen in Form von Terroranschlägen oder Migrationsbewegungen bis zu uns haben.

### **Das Konzept beruht auf einem Argumentarium mit folgenden 15 Punkten:**

- 1) Das Risiko, dass mitten auf dem europäischen Kontinent kurz-, mittel- oder langfristig ein konventioneller Krieg ausbricht, ist minim.
- 2) Die Schweiz ist von befreundeten Nachbarländern und stabilen Demokratien umgeben.
- 3) Die Schweiz liegt mitten im NATO-Dispositiv, umgeben von NATO-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme Österreichs, einem befreundeten Land und Mitglied der Europäischen Union.
- 4) Europa ist sicher. Potenzielle Spannungsgebiete beschränken sich auf die Ostränder Europas an der Grenze zu Russland. Diese Spannungen sind die Folge der neuen Zusammensetzung des russischen Einflussgebiets jenseits der unantastbaren Schutzzone der NATO aufgrund von Artikel 5 des Washingtoner Abkommens.
- 5) Der potenzielle Aggressor Nummer 1 Europas ist heute Putins Russland. Der Staat ist seit 2010 am Aufrüsten und daran, wieder eine Macht zu werden; dennoch ist daran zu erinnern, dass die Militärinvestitionen Russlands zehnmal tiefer sind als jene der Vereinigten Staaten, des Grundpfeilers der NATO. Russland bemüht sich darum, eine neue bewaffnete Streitkraft auf den Trümmern des Sowjetreichs aufzubauen, Trümmer, für die symbolisch die Tragödie des U-Boots Kursk von 2000 steht.
- 6) Russland bleibt zwar eine Atommacht, der einzige Bereich, bei dem sie mit den westlichen Kräften mithalten kann. Doch gegen Atomwaffen kann man nichts ausrichten ausser

den Trumpf der Abschreckung auszuspielen sowie die Friedensförderung und das friedliche Zusammenleben zu stärken.

- 7) Die echten Risiken, welche die Schweiz heute bedrohen, sind andere: Terrorismus, Kriminalität (namentlich grenzüberschreitende), Cyber- oder Klimabedrohungen.
- 8) In unserem Land besteht eine Inkohärenz zwischen den strategischen Entscheiden für Rüstungskäufe und den realen Risiken, mit einer unbefriedigenden Zuteilung der Mittel.
- 9) Unsere Armee verfügt über ein Rüstungsniveau, das zu wünschen übriglässt. In gewissen Bereichen wie zum Beispiel der bodengestützten Luftverteidigung oder der Artillerie sind unsere Mittel obsolet. Um unsere Verteidigungsfähigkeit zu stärken, müsste man in den nächsten Jahrzehnten grosse Summen investieren, namentlich neue Kampfflugzeuge kaufen (hochrangige Militärs sprechen von 55 Flugzeugen) und unsere Panzer ersetzen. Dies für zwingend begrenzte Ergebnisse bei der militärischen Effizienz, denn unsere Armee hat aufgrund ihrer Grösse und Mittel im Vergleich zu den grossen Nationen keine wirklich glaubwürdige Interventionsfähigkeit.
- 10) Unsere Investitionsfähigkeit für neue Rüstungsgüter ist beschränkt: 1 Milliarde pro Jahr auf der Grundlage eines Plafonds für Verteidigungsausgaben, der jüngst auf 5 Milliarden erhöht wurde. Rechts gibt es Stimmen, die diesen Betrag noch mehr anheben möchten, mit Finanzplänen, welche im Gegenzug die Sozialausgaben, die Bildung, die Infrastrukturausgaben, die Landwirtschaft oder die Entwicklungshilfe beschneiden wollen.
- 11) Diese Problematik der begrenzten Mittel wird noch verschärft durch die Frage der technologischen Entwicklungen, die immer leistungsfähigere, perfektioniertere und damit teurere Rüstungen hervorbringen. Die technologische Revolution wird die Schwierigkeiten unseres Landes verstärken, bei der militärischen Leistungsfähigkeit konkurrenzfähig zu bleiben.
- 12) Eine der 3 Verfassungsaufträge der Schweizer Armee liegt in der Friedensförderung. Der Bundesrat fordert in seinen regelmässigen Sicherheitsberichten immer wieder mehr Schweizer Militärs im Ausland, insgesamt 500. Davon ist man weit entfernt, doch wenn man die Grundlagen für mehr Frieden in der Welt um uns herum schaffen könnte, mit würdigeren Lebensbedingungen und echter Hoffnung für die Bevölkerungen vor Ort, würde man den Frieden und die Sicherheit auch bei uns und in Europa fördern und so die Voraussetzungen bekämpfen, die Terrorismus begünstigen und Migration nach sich ziehen. **Friedensförderung und Entwicklungshilfe hängen eng zusammen, denn Unsicherheit behindert die Entwicklung eines Landes, entmutigt private Initiativen und Investitionen, während die Wirtschaftsentwicklung, die Arbeit, Zukunftsperspektiven und bessere Lebensbedingungen gewährleistet, ein zwingender Schritt ist, um dauerhaften Frieden und Sicherheit zu schaffen.** Die politische Stabilisierung zahlreicher Länder Afrikas zum Beispiel erfordert eine Stärkung ihrer wichtigsten Funktionen, das heisst der demokratisch kontrollierten Streitkräfte, Polizei und Justiz, die auf der Höhe ihrer Aufgabe und fähig sind, den Rechtsstaat und demokratische Werte zu gewährleisten sowie Korruption

und Kriminalität zu bekämpfen. Die Schweiz kann mit ihren guten Diensten der Genfer Friedenszentren und der Entsendung von Militärs bzw. Polizisten, welche die Sicherheitskräfte vor Ort unterstützen, zu dieser notwendigen Entwicklung beitragen.

- 13) Die Entwicklungshilfe müsste für unser Land und alle entwickelten Nationen eine wirkliche Priorität sein. Ein Grossteil der Bevölkerung in Asien und besonders in Afrika leidet unter Elend, Hunger, Epidemien und Analphabetismus. Die riesigen Ungleichheiten der heutigen Welt ebnen den Weg für Kriege, Terrorismus und erzwungene Migration. In der Schweiz sind wir weit entfernt vom bescheidenen Ziel von 0,7% des BIP für **die Entwicklungshilfe**. Knapp 0,5% sind es, und es gibt Stimmen, die diesen Budgetposten schlicht streichen wollen. Während es angesichts des bis 2050 vor allem in Afrika prognostizierten Bevölkerungsanstiegs aus Sicht der Sicherheit und im Hinblick auf eine gebremste zukünftige Migration von zentraler Bedeutung ist, diese Länder in ihrer Entwicklung zu unterstützen, damit die jungen Generationen daselbst Hoffnung und Arbeit finden. Vor allem müssen wir uns bewusst werden, dass die meisten afrikanischen Länder nicht in der Lage sind, ihre Bedürfnisse in den Bereichen Bildung und Arbeit, die das laufende Bevölkerungswachstum mit sich bringt, allein zu befriedigen.
- 14) Der Kampf für die Umwelt, die Biodiversität und vor allem gegen die Klimaerwärmung ist absolut prioritär, auch in Bezug auf die Sicherheit. Die klimatischen Veränderungen können schwere Folgen haben, besonders in den Alpenregionen und den Überschwemmungsgebieten unseres Landes.
- 15) Sicherheit erfordert auch ein gutes Zusammenleben. Eine gerechte Gesellschaft mit einer besseren Verteilung des Reichtums, die jeder und jedem ermöglicht, den eigenen Platz zu finden und in Einklang mit den anderen und der Umwelt zu leben, ist letztlich eine weniger gewalttätige Gesellschaft, in welcher der soziale Zusammenhalt vorherrscht. Eine solche Gesellschaft wird auch besser in der Lage sein, die Welt um uns herum zu unterstützen und mit ihr zu teilen. Denn den Ärmsten in der Welt zu helfen und die **Bedürftigen bei uns zu vergessen, ebnet den Weg des Populismus**.

## 7. Schlussfolgerungen

Unser Land profitiert von einer ganz speziellen und privilegierten Sicherheitslage: Es befindet sich mitten in einem friedlichen Europa, umgeben von Ländern, mit denen wir Handel treiben und freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Der Kontinent, in dessen Zentrum die Schweiz liegt, wird von der NATO geschützt, einem weltweit einmaligen grossen Verteidigungsbündnis, das gemäss Artikel 5 des Nordatlantikpakts (auch Washingtoner Abkommen genannt) verpflichtet ist, alle seine Mitgliedstaaten und damit praktisch alle Nachbarländer der Schweiz zu verteidigen. So ist unser Land – faktisch geschützt in einem Kontinent, der seine Verteidigung gemeinsam und solidarisch organisiert hat – objektiv gesehen **ein blinder Passagier der NATO**.

**Eine Armee massiv mit konventionellen Waffen auszurüsten, um für einen traditionellen Konflikt gegen einen Nachbarstaat oder potenziellen Angreifer gewappnet zu sein, ist heute sinnlos.** Denn es fehlt ein glaubwürdiger Feind, der uns angreifen könnte, und dies selbst auf lange Sicht, wie auch der Bundesrat in seinem sicherheitspolitischen Bericht 2016 festhält. Zudem ist unsere Armee mangels hochmoderner Rüstungsmittel und damit ohne kritische Masse nicht in der Lage, als glaubwürdige Militärmacht aufzutreten; sie scheint dazu verurteilt, «hinter der vordersten Front» zu kämpfen. Im Fall der Fälle können wir uns nur in Zusammenarbeit mit unseren befreundeten Nachbarländern verteidigen.

Im Gegenzug zu diesem grossen Sicherheitsschutz, von dem die Schweiz dank ihrer geografischen Lage und ihrem Status als blinder Passagier der NATO profitiert, sollte sich unser Land nicht ewig formell hinter seinem Neutralitätsprinzip verstecken. Auch wenn man anerkennen kann, dass die Schweiz aus historischen und innenpolitischen Gründen nicht der NATO beitreten soll, so sollte sie zumindest den objektiv vorhandenen Zustand anerkennen, daraus entsprechende strategische Schlüsse ziehen und vorschlagen, **mit dem, was sie gut machen kann, beispielsweise der internationalen Friedensförderung und der Entwicklungszusammenarbeit, zu den gemeinsamen Bemühungen für Frieden und friedliches Zusammenleben beizutragen.**

Dies würde ihrer Neutralität in keiner Art Abbruch tun, jedenfalls nicht mehr als im Zweiten Weltkrieg, als die Schweiz eine zumindest wohlwollende Zusammenarbeit mit Nazideutschland betrieb.

Und wir können ohne weiteres unterschreiben, was alt-Bundesrat Didier Burkhalter in Le Matin (8.06.2017) sagte: «Die Schweiz ist gegenüber dem Terrorismus nicht neutral». **Die Schweiz gehört zur grossen Allianz der demokratischen Welt gegen Barbarei und blinden Terrorismus. Unser Land hat eine legitime Position zu diesem brennenden Thema, das aktuell die grösste Sicherheitsherausforderung darstellt.** Im gleichen Artikel sagt der frühere Bundesrat auch: «Unsere Sicherheit beginnt nicht an unserer Grenze». **Die militärische Friedensförderung und die Entwicklungshilfe sind effiziente Mittel, um für mehr Sicherheit auch bei uns zu sorgen.**

Unser Land ist durchaus mit echten Bedrohungen konfrontiert, anerkannten Bedrohungen, allen voran Terrorismus, Cyberrisiken und Klimaprobleme. Wenn wir die Ziele unserer Sicherheitspolitik besser ausrichten, werden wir effizienter, was Mittel freimacht für eine bessere Verteilung der Ressourcen zugunsten der Schutzkräfte an vorderster Front, zum Beispiel der Polizei, den Grenzwächtern und den Cyberspezialisten. Dies wiederum wird den Handlungsspielraum unserer internationalen Hilfspolitik für mehr Frieden, weniger Armut in der Welt und damit letztlich auch weniger Migration vergrössern.

Dabei behalten wir eine Basis-Streitkraft, die in der Lage ist, auf aussergewöhnliche Situationen zu reagieren, als Unterstützung der Polizei, zum Beispiel bei einem grossen Terrorangriff oder bei Bedrohungen für unsere kritischen Infrastrukturen. Gegenüber dem blinden Terrorismus muss man sich auf adäquate Mittel stützen können; die schrecklichen Ereignisse, die seit 2 oder 3 Jahren verschiedene europäische Hauptstädte oder Städte getroffen haben, zeigen uns das leider deutlich. Unsere Welt bleibt voller Gewalt, und diese Gewalt kann auch uns jederzeit treffen, aber in anderer Form als in der Vergangenheit, zur Zeit der traditionellen Kriege zwischen Nationen. **Unsere Reaktionsfähigkeit muss sich anpassen, aber effizient und im richtigen Ausmass.**

## **7.1. Mehr Mittel dort, wo es sie braucht**

### **7.1.1. Polizei**

Verschiedenen Aussagen kantonaler Polizeiverantwortlicher zufolge fehlen in der Schweiz ungefähr 3000 Polizistinnen und Polizisten. Diese Zahl wird seit mehreren Jahren immer wieder genannt. Das Bedürfnis wird mit dem Bevölkerungswachstum (theoretisch braucht es für 1000 neue Einwohnerinnen und Einwohner 3 zusätzliche Polizeikräfte), einer immer komplexeren Gesellschaft besonders in urbanen Gegenden und vor allem erhöhten Sicherheitsrisiken namentlich im Zusammenhang mit Terrorismus begründet. Die Aufgaben der Polizeikräfte sind vielfältig und haben in den letzten Jahren nachweislich zugenommen.

Die Polizei ist der Grundpfeiler unserer Sicherheitsorganisation, denn sie ist nahe bei den Leuten, omnipräsent in der Stadt, dauernd an vorderster Front, für alles und nichts, aber insbesondere zur Bekämpfung der Gefahren, die unser Land und seine Bevölkerung bedrohen. Die Polizei ist für die Neutralisierung von Wahnsinnigen ausgebildet und stellt in unserer Gesellschaft das erste und wichtigste Glied des Verteidigungssystems gegen den Terrorismus dar.

Auf der Grundlage von Konkordaten unterstützen sich die kantonalen Polizeikorps gegenseitig, insbesondere bei grossen nationalen oder internationalen Veranstaltungen.

### 7.1.2. Grenzwächter

Ihre Rolle hat sich seit dem Beitritt der Schweiz zum Schengenraum verändert, bleibt aber zentral, um zusammen mit den kantonalen Polizeikörpern und ganz allgemein im Kampf gegen den Terrorismus die Sicherheit in den Grenzregionen unseres Landes zu gewährleisten. Zum Beispiel ist die grenzüberschreitende Kriminalität in verschiedenen Regionen ein grösseres Problem.

Die wiederholten Forderungen nach höheren Beständen und einer guten Ausrüstung, um besser reagieren zu können, müssen unverzüglich erfüllt werden.

### 7.1.3. Friedensförderung, humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe

Um mich nicht zu wiederholen, verweise auf die Behandlung der Themen in folgenden Kapiteln:

- Kapitel 2.3.3 Die Herausforderung der Migrationen
- Kapitel 5.4 Die Aufträge der Armee
- Kapitel 6 Sicherheitskonzept der Schweiz, Punkte 12 und 13
- Kapitel 7 Schlussfolgerungen

### 7.1.4. Genfer Friedenszentren

Auf der EDA-Website findet man eine umfassende Beschreibung der Tätigkeiten der **Genfer Friedenszentren** (strategische Partner des Bundes, unter einem Dach vereint in der Maison de la Paix), die den Einsatz der Schweiz für Frieden, Abrüstung und gute demokratische Regierungsführung in die ganze Welt tragen.

- 1) **Zentrum für Sicherheitspolitik:** Es bietet erstklassige Ausbildungen für Sicherheitsfragen an. Seine Tätigkeiten richten sich an Diplomaten, Verwaltungs- und Armeepersonal sowie an Vertretungen der internationalen Organisationen.
- 2) **Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung:** Ausbildungszentrum für alles, was mit humanitärer Minenräumung in den von Krieg heimgesuchten Ländern zu tun hat (Tretminen, Streuwaffen, explosive Kriegsmunitionsrückstände). Es bietet operationelle Unterstützung für Minenräumungsprogramme in betroffenen Ländern an und arbeitet unter anderem mit der UNO und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen zusammen.

- 3) **Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte:** das wichtigste Kompetenzzentrum für gute Regierungsführung und die Reform des Sicherheitsbereichs. Es arbeitet in Partnerschaft mit der UNO, der Europäischen Union, der OSZE, der OECD und der NATO und behandelt namentlich Fragen der Polizeireformen, der Bekämpfung von Korruption sowie der zivilen und parlamentarischen Überwachung und Kontrolle des Sicherheitsbereichs.

## 7.2. Was für eine Armee brauchen wir morgen?

Unser Land muss eine grundlegende militärische Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten, mit wichtigen prioritären Aufgaben, aber auch der Fähigkeit zur Hilfe und Schutz der Bevölkerung in ausserordentlichen Situationen. Bei diesen Einsätzen soll sie im Allgemeinen subsidiär, allein auf Anfrage der zivilen Behörden intervenieren. Ihre verschiedenen Teile würden im Wesentlichen die gleichen wie heute bleiben, nur in redimensionierter Form:

### Die Verteidigung des Luftraums

- Eine Flotte von 20 bis 30 Kampfflugzeugen, als Luftpolizei und **zum Schutz unseres Luftraums** mit einer Einsatzfähigkeit rund um die Uhr und jeden Tag. Die Anzahl verfügbarer Flugzeuge muss die Ausbildung der Piloten, d.h. die jährlichen Flugstunden, die jeder Pilot zu absolvieren hat, abdecken und die für jedes Flugzeug während seiner gesamten Nutzungsdauer möglichen Flugstunden berücksichtigen. Wenn man sich eine objektiv gesehen unnötige Luftverteidigungs- und damit Luftkampffähigkeit geben will, müsste man sich für wesentlich mehr Jagdflugzeuge (die Rede ist von mindestens 55 Fliegern) entscheiden, was unsere finanziellen Mittel übersteigen würde und im Kontext unserer geostrategischen Lage mitten in einem friedlichen Europa und unter dem Schutzschild der NATO keinen Sinn ergeben würde.
- Moderne **Mittel für bodengestützte Luftverteidigung**, eine «Versicherung» und gute Ergänzung zu einer Luftflotte, die hauptsächlich Aufgaben als Luftpolizei wahrnimmt. Diese Ausrüstung ermöglicht einerseits die Sicherung der kritischen Infrastrukturen, insbesondere der Flugplätze mit Flugzeugen auf dem Boden, und ist andererseits eine Antwort auf das potenzielle Risiko eines Marschflugkörpers aus weiter Distanz (Raketenabwehr). Wenn auf der einen Seite die Hypothese eines konventionellen Bodenangriffs gegen die Schweiz heute unvorstellbar erscheint, so ist auf der anderen Seite ein Luftangriff eine zwar wenig wahrscheinliche, aber nicht unmögliche Option.



- Eine **aktive Zusammenarbeit** mit unseren befreundeten Nachbarstaaten, um eine gemeinsame Verteidigung unserer Lufträume zu gewährleisten.
- Eine verstärkte **Helikopterflotte**. Wir verfügen heute über ungefähr 50 Helikopter, was definitiv wenig ist. Diese Transportart ist in einem Land wie dem unseren, wo die Distanzen sehr kurz und die örtlichen Reliefs sehr uneben sind, äusserst effizient. Nebst der Möglichkeit, Truppen und Material rasch zu transportieren, sind Helikopter auch ein perfektes Instrument für Hilfe im Katastrophenfall oder um Zivilbevölkerungen zu unterstützen. Und ebenso wichtig für eine effiziente Friedensförderungs politik im Ausland (im Kosovo verfügt die Swisscoy über 2 ständige Helikopter, manchmal 3).

### **Kampftruppen**

- Gut ausgerüstet, mobil, mechanisiert
- 20.000 Soldaten

### **Spezialeinheiten**

- Eine hochtrainierte Truppe, gut ausgerüstet und in der Lage, komplexen, riskante Einsätze zu tätigen
- Ein Bestand von motivierten Freiwilligen (800 bis 1000 Mann)

### **Militärpolizei**

#### **Militärischer Nachrichtendienst**

- Ein zentraler Bestandteil, um sich die Mittel für eine frühzeitige Anpassung an mögliche Bedrohungen zu geben
- Zusammenarbeit mit dem zivilen Nachrichtendienst / Überwachung der Terrorrisiken

### **Cyberstreitkraft**

- Die Cybersicherheit ist eine Priorität, die genügend spezifisch ausgebildete professionelle Kräfte erfordert. Für eine umfangreiche Tätigkeit im Dienst des Cyberschutzes der ganzen Bevölkerung, der Unternehmen und insbesondere der kritischen Infrastrukturen. Um die Resilienz zu verbessern, die Widerstandsfähigkeit der ganzen Gesellschaft, des Landes sowie seiner Bürgerinnen und Bürger.
- Es geht für diese Einheit aber nicht darum, sich nur auf das, was man einen Cyberkrieg nennen könnte, vorzubereiten, sondern um alltägliche Cyber-Sicherheit.

### **Genie-, Rettungs- und Bevölkerungsschutztruppen**

- Dotation mit vielfältigem Material und Ausrüstungen, die einen raschen und effizienten Einsatz im Katastrophenfall ermöglichen, subsidiär auf Anfrage der zivilen Behörden. Fähigkeit zur Räumung oder zum Ersetzen von Infrastrukturen wie Brücken usw.

### **Unterstützungs- und Logistiktruppen, darunter Sanitätstruppen**

### **Friedensförderungskräfte für die Teilnahme an UNO- oder EU-Missionen im Ausland**

- 500 Soldaten, die im Ausland in internationalen Befriedungs- und Friedensförderungsmissionen stationiert werden können, im Auftrag internationaler Institutionen, insbesondere der UNO und der Europäischen Union. Die Schweizer Soldaten sind nicht für Kampfeinsätze bewaffnet, sondern werden in Hilfs-, Unterstützungs- und Friedensförderungsmissionen eingesetzt wie heute im Kosovo, wo Verbindungs- und Beobachtungsteams der Swisscoy unter der lokalen Bevölkerung leben, um mögliche Spannungen aufzuspüren und zu entschärfen.
- Ein Teil des im Ausland eingesetzten Kontingents könnte sich aus Mitgliedern der Zivil- oder Militärpolizei bzw. des Grenzwachtkorps zusammensetzen. Sie leisten Ausbildungs- und Unterstützungsarbeit bei den lokalen Polizeibehörden in Ländern mit ungenügendem Rechtsstaat, eine zentrale Aufgabe, um einen Demokratisierungs- und Entwicklungsprozess in Gang zu bringen. Da die Mitglieder der Militärpolizei oder des Zolls nicht zwingend über eine zivilpolizeiliche Ausbildung verfügen, müssten sie eine Zusatzausbildung erhalten, denn für einen derartigen Einsatz braucht es ein entsprechendes Kompetenzniveau.
- Die in der Friedensförderung eingesetzten Kräfte sind vollberechtigte Armeemitglieder.
- Um über leistungsfähige logistische Mittel zu verfügen, hat der Bund ein Transportflugzeug für seine Friedensförderungseinsätze im Ausland und für internationale Hilfe in Katastrophenfällen zur Verfügung.

### 7.2.1. Mit welchem Bestand?

Die verschiedenen erwähnten Aufgaben erfordern eine Armee mit gegenüber heute reduzierten Bestand: 60.000 Soldaten, die in der Regel eine Rekrutenschule und 6 Wiederholungskurse zu 3 Wochen absolvieren müssen (für Spezialtruppen mehr). Nach Beendigung der Kurse wird der Soldat in eine Reserve von 30.000 Militärs eingeteilt, die bis zum Alter von 32 Jahren jederzeit mobilisiert werden können. Im Bedarfsfall würde diese Reserve für Aufgaben im Hintergrund eingesetzt, beispielsweise zur Überwachung der kritischen Infrastrukturen oder anderer sensiblen Gebiete.

Die Armee müsste jedes Jahr 10.000 bis 12.000 zukünftige Rekruten aufnehmen, um ihren Bedarf zu sichern. Der Zivildienst und der Zivilschutz würden in dieser Reorganisation keine namhafte Veränderung erfahren und ihre Hilfs-, Unterstützungs- und Bevölkerungsschutzaufgaben weiter wahrnehmen. **Doch der Druck auf den Zivildienst, dessen Erfolg und Nutzen längst erwiesen ist und dem vorgeworfen wird, den traditionellen Militärdienst zu konkurrenzieren, würde so seine Grundlage verlieren.**

## 7.2.2. Und welchem Budget?

Die Reduktion der Anzahl Soldaten und eine bessere Ressourcenverteilung ermöglicht die Finanzierung, nebst der redimensionierten Armee, von grösseren Polizeikontingenten (entsprechende Unterstützung der Kantone durch Ausgleichsmassnahmen) und Grenzwachtkorps sowie den Ausbau der Entwicklungshilfe und der militärischen Friedensförderung.

Das Jahresbudget der Armee von 5 Milliarden könnte wie folgt aufgeteilt werden:

- **Armee auf Schweizer Territorium:** 4 Milliarden Franken
- **Polizei und Grenzwächter:** Erhöhung um 500 Millionen Franken, was die Anstellung von ungefähr 3000 neuen Berufskräften, im Wesentlichen Polizisten, ermöglichen würde
- **Militärische Friedensförderung im Ausland, zusätzliche Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe sowie verstärkte Unterstützung der Genfer Friedenszentren:** Erhöhung um 500 Millionen Franken

Vor einigen Jahren hat das Parlament beschlossen, 0,5% des Bruttonationaleinkommens BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe einzusetzen. Das sind ca. 3,5 Milliarden Franken pro Jahr. Nicht mehr anrechenbar sollten die Asylkosten im ersten Aufenthaltsjahr sein. Diese Gelder müssen stattdessen der eigentlichen Entwicklungshilfe zukommen. Diese Hilfe ist unerlässlich. Die Schweiz hat sich aussenpolitisch für ein noch grösseres Engagement von 0,7% des BNE verpflichtet, was für die Schweiz ca. 5 Milliarden Franken pro Jahr bedeuten würde. Die im vorliegenden Bericht geforderte Massnahme würde abzüglich der Beträge für die militärische Friedensförderung im Ausland und eine verstärkte Unterstützung der Genfer Zentren zusätzlich ca. 400 Millionen Franken pro Jahr für die humanitäre Hilfe und die öffentliche Entwicklungshilfe freimachen. Ein Plus... aber angesichts der Herausforderungen natürlich noch immer ungenügend...

Dieser Vorschlag für die Verteilung der Geldmittel geht vom gleichen Gesamtbetrag wie der aktuelle, vom Parlament beschlossene Plafond aus, wird aber entsprechend den realen Risiken und Herausforderungen der Welt von morgen besser eingesetzt. **Man würde so verfügen über:**

- **Eine bewaffnete Verteidigungsfähigkeit, welche die plausiblen mittel- und langfristigen Risiken abdeckt** und die Tatsache berücksichtigt, dass die Schweiz von befreundeten Ländern mitten in einem friedlichen Kontinent umgeben ist, vereint unter dem NATO-Banner, der einzigen wirklich glaubwürdigen Verteidigungstreitkraft in Europa
- **Ein Schutz des Luftraums mit einer Luftpolizei**, die permanent verfügbar ist und in erster Linie über einen modernen bodengestützten Schutz des Luftraums (sowie eine stärkere Kapazität des Landes gegen einen sehr hypothetischen Luftangriff) verfügt
- **Eine Hilfs- und Unterstützungsfähigkeit für Zivilbevölkerungen**

- **Eine deutliche Verstärkung der Polizei- und Grenzwachtkorps**, der wichtigsten Kräfte gegenüber den heutigen Risiken, insbesondere dem Terrorismus
- **Deutlich mehr militärische und zivile Mittel, die zu einer Stabilisierung und Befriedung der Welt um uns herum beitragen sollen, mit mehr Mitteln für die militärische Friedensförderung und insbesondere die humanitäre Hilfe sowie die Entwicklungshilfe.**

In seiner Botschaft zum Welttag der Humanitären Hilfe vom 19. August 2017 sagte **der frühere Bundesrat Didier Burkhalter** abschliessend: **«Die heutigen humanitären Bedürfnisse sind riesig. Um die komplexen Herausforderungen zu bewältigen und länger anhaltende Krisen zu lösen, braucht es nicht nur humanitäre Hilfe, sondern auch Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung, eine Migrationspolitik und multilaterale Hilfe.»**

Noch ein Wort zum Anteil der Schweizer Verteidigungsausgaben am BIP von 0,7 %: Dies betrifft nur den Bund und nicht die Beträge der Kantone und Gesellschaft für Verteidigung. Zudem ist diese alte Gewohnheit, die Höhe des Engagements eines Landes an seiner Wirtschaftskraft zu messen, sicher diskutabel. Viele klammern sich beispielsweise an die Zahl von 2%, die Referenzgrösse namentlich in der NATO. Diese 2% haben aber nur einen beschränkten Aussagewert, denn was zählt, ist der verfügbare Bruttobetrag. Der BIP-Anteil ist demgegenüber ein Wert, der für jeden Staat deutlich variieren kann, je nach dessen wirtschaftlichem Entwicklungsgrad und dem Zustand seiner Wirtschaft. In Anhang 1 finden sich einige Überlegungen und Vergleiche zu diesem Thema.

Fontenais, den 15. November 2017

Pierre-Alain Fridez

## Anhang 1: Verteidigungsbudgets (2016)

<b>USA</b>	<b>611 Milliarden Dollar</b>
<b>Europäische NATO-Mitgliedsländer</b>	ca. 250 Milliarden Dollar
<b>CHINA</b>	215 Milliarden Dollar
<b>RUSSLAND</b>	69,2 Milliarden Dollar

Anmerkung: Die Militärausgaben der USA und der europäischen NATO-Mitglieder sind mehr als zwölfmal höher als das Militärbudget Russlands. (Quelle: SIPRI, *Trends in world military expenditure 2016*. Factsheet April 2017.)

Das SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) ist ein unabhängiges internationales Institut, das sich auf die Forschung über Fragen zu Konflikten, Rüstung, Waffenkontrolle und Abrüstung spezialisiert hat. Es ist seit 1966 tätig.

### BIP: ein diskutabler Indikator

Angesichts der grossen Variabilität des BIP-Wertes in den verschiedenen Staaten ist das BIP als Vergleichselement der Militärbudgets ein wenig zuverlässiger Faktor. Sicher nicht zuverlässiger als die jährlichen Ausgaben pro Einwohner für die Landesverteidigung: Dieser Faktor, der auch die finanziellen Kapazitäten eines Landes aufzeigen kann, stellt auf jeden Fall einen Indikator der Möglichkeiten dieses Staates dar, auf dem Weltmarkt Rüstungsgüter zu kaufen. Zudem ist ein Vergleich der Militärausgaben verschiedener Länder eine heikle Sache, denn nicht alle Länder nehmen zwingend die gleichen Daten in die gleichen Rubriken ihrer Rechnung auf. Werden zum Beispiel die Renten der Militärveteranen überall auf die gleiche Art berechnet?

Wenn man nur das BIP als Indikator nimmt, könnte bei der Schweiz (5 Milliarden **Budget**, 0,7% des **BIP**, 594 **Dollar pro Einwohner pro Jahr**) der Eindruck entstehen, sie gebe eher wenig aus. Wir werden später sehen, dass unser Militärbudget jedoch durchaus mit vergleichbaren Ländern mithalten kann.

Sehen wir, bevor wir uns auf Europa konzentrieren, die Zahlen der Grossmächte an: Die USA (611 Milliarden Budget, 3,5% des PIB, 1921 Dollar pro Einwohner und Jahr) liegen weit vor China (215 Milliarden, 1,9%, 157 Dollar) und vor allem Russland (69,2 Milliarden, 5,3%, 473 Dollar).

In Europa verfügen zwei Staaten, beide übrigens NATO-Mitglieder, über eine echte militärische Interventionsfähigkeit und über Atomwaffen (namentlich mit U-Booten mit ballistischen Raketen): Grossbritannien (56,2 Milliarden, 2%, 876 Dollar) und Frankreich (46,8 Milliarden, 1,9%, 703 Dollar). Die beiden Länder haben neben starken Land- und Luftstreitkräften auch Marinestreitkräfte (Frankreich: ein Flugzeugträger, 6 U-Boote, 11 Zerstörer; Grossbritannien: 6 U-Boote, 6 Zerstörer). Es ist also nicht erstaunlich, dass ihre Ausgaben im Militärbereich sehr hoch sind und jene der übrigen europäischen Länder übertreffen.

Schauen wir nun die anderen europäischen Staaten an und konzentrieren uns auf 3 grosse Ländergruppen, um so unsere Überlegungen zu den Militärausgaben der Schweiz zu vertiefen: A) **Neutrale Staaten, also ohne NATO-Mitgliedschaft**, B) **flourierende Länder wie die Schweiz** und schliesslich C) **Staaten in finanziellen Schwierigkeiten** (Zahlen 2015).

- A) **Neutrale Staaten in Europa:** Neben der Schweiz sind dies Schweden, Finnland, Österreich und Irland. Diese Länder sind also nicht NATO-Mitglieder. Schweden (5,2 Milliarden, 1,1%, 540 Dollar) und vor allem Finnland (3 Milliarden, 1,3%, 547 Dollar) haben aufgrund ihrer Nähe zu Russland eine besondere geostrategische Lage. Die finnische Armee weist wegen der in Finnland ebenfalls geltenden allgemeinen Wehrpflicht eine gewisse Ähnlichkeit mit unserer Armee auf. Finnland verfügt über eine Massenarmee von 22.000 aktiven Soldaten und 350.000 Reservisten bei einer Gesamtbevölkerung von 5,5 Millionen Einwohnern. Denn seit dem Zweiten Weltkrieg lebt das Land in Furcht vor expansionistischen Bestrebungen seines grossen Nachbarn. Die beiden anderen skandinavischen Staaten wenden finanziell für die Armee pro Einwohner mehr oder weniger gleich viel wie die Schweiz auf. Österreich (2 Milliarden, 0,55%, 236 Dollar) und Irland (1 Milliarde, 0,5%, 203 Dollar) können da nicht mithalten.
- B) In dieser Gruppe sind wie den unter C) erwähnten Ländern **alle Staaten NATO-Mitglieder**. Ausser bei Norwegen, das für seine Verteidigung grosse Summen ausgibt und namentlich über eine Marine mit 6 U-Booten und 5 Zerstörern verfügt (5,5 Milliarden, 1,4%, 1057 Dollar), liegen die Militärbudgets der übrigen Länder dieser Gruppe in Bezug auf die Pro-Kopf-Ausgaben im Rahmen unseres Landes: Dänemark (3,5 Milliarden, 1,2%, 618 Dollar), Niederlande (8,9 Milliarden, 1,2%, 525 Dollar), Deutschland (36,7 Milliarden, 1,1%, 454 Dollar), Belgien (4 Milliarden, 0,9%, 380 Dollar).
- C) Griechenland (4,8 Milliarden, 2,45%, 438 Dollar) mit seinem wegen der **wirtschaftlichen Schwierigkeiten** angeschlagenen BIP erhält den militärischen Aufwand weitgehend aufrecht, was die Ausgaben in BIP-Prozenten deutlich erhöht hat. Das Land verfügt aufgrund seiner Geschichte und geostrategischen Lage an den Toren Asiens über eine beträchtliche Rüstung: 1350 Panzer, 240 Kampfflugzeuge, Marinestreitkräfte mit 8 U-Booten und 13 Fregatten. Die Expertengruppe des VBS bezweifelt in ihrem Bericht «Luftverteidigung der Zukunft», der auch auf den Zustand der europäischen Kampfflugzeug-Flotten eingeht, die Fähigkeit Griechenlands, diese angesichts der schwierigen finanziellen Lage erneuern zu können.

Der hohe BIP-Anteil Polens (10,3 Milliarden, 2,15%, 267 Dollar) für seine Verteidigung erklärt sich durch die Nähe des Landes zu Russland und das bekannte geopolitische Umfeld. Bei den übrigen Ländern des ehemaligen Warschauer Pakts und den baltischen Staaten – wie Polen alle NATO-Mitglieder – investieren nur Litauen (1,7 Milliarden, 4%, 566 Dollar) und Estland (0,5 Milliarden, 1,95%, 353 Dollar) in ähnlich grossem Rahmen in ihre Verteidigung. Ganz im Gegensatz zu den übrigen, grösstenteils wohl aus finanziellen Gründen: Tschechische Republik (1,9 Milliarden, 1%, 175 Dollar), Slowakei (1 Milliarde, 1,05%, 170 Dollar), Bulgarien (0,6 Milliarde, 1,2%, 83 Dollar), Ungarn (0,9 Milliarde, 0,75%, 88 Dollar), Rumänien (2,5 Milliarden, 1,45%, 116 Dollar) und Lettland (0,3 Milliarden, 0,95%, 133 Dollar).

Bleiben noch Italien (21,6 Milliarden, 1,2%, 350 Dollar), Spanien (10,8 Milliarden, 0,9%, 224 Dollar) oder Portugal (2,2 Milliarden, 1,1%, 201 Dollar) zu erwähnen.

Zusammengefasst fällt also der Aufwand der europäischen Länder für ihre jeweilige Verteidigung sehr unterschiedlich aus. Auf jeden Fall lässt sich sagen, dass einerseits der prozentuale BIP-Anteil für die Verteidigung offensichtlich kein zuverlässiger Indikator ist, denn er hängt vom wirtschaftlichen Umfeld des Landes ab, und dass andererseits **die Schweiz trotz eines von einigen als zu tief empfundenen BIP-Anteils für die Verteidigung den Vergleich mit vielen europäischen Ländern nicht zu scheuen braucht, wenn man die Verteidigungsausgaben im Verhältnis zur Einwohnerzahl betrachtet. Im Vergleich mit den neutralen Staaten, die nicht NATO-Mitglieder sind, kann die Schweiz selbst mit Schweden und sogar Finnland mithalten.**<sup>27</sup>

---

<sup>27</sup> BONIFACE, Pascal: *L'Année Stratégique 2017, analyse des enjeux internationaux*. Paris, Armand Colin, 2016.

## Anhang 2: Riesige Militärinvestitionen

Die Schweiz verfügt heute über eine Militärausrüstung (wichtigste Rüstungssysteme), die im Lauf der nächsten 15 Jahre praktisch komplett erneuert werden muss.

Im Expertenbericht zur «Luftverteidigung der Zukunft», der im Juni 2017 publiziert wurde, ist auf S. 114 Folgendes zu lesen:

«In den 2020er Jahren ist die grösste Herausforderung, dass neben dem gesamten System zum Schutz des Luftraums (Kampfflugzeuge, Fliegerabwehr, Luftraumüberwachungssystem Florako) auch nahezu alle anderen, entweder vor oder unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges in relativ grosser Zahl beschafften Hauptsysteme der Armee innert weniger Jahre ans Ende ihrer Nutzungsdauer gelangen werden. Davon betroffen sind namentlich die Artillerie, die Kampfpanzer Leopard, sämtliche noch auf dem Schützenpanzer M-113 basierenden Spezialfahrzeuge der Genie und der Artillerie, die Aufklärungsfahrzeuge 93 sowie die gesamte Flotte der Radschützenpanzer Piranha. Die Fähigkeiten, die heute noch mit diesen Systemen abgedeckt werden (z. B. Führung des Gefechts der verbundenen Waffen, Schutz, Mobilität), sind – soweit heute absehbar – auch in Zukunft für die Aufgabenerfüllung der Armee wesentlich. Teilweise werden neue Technologien zur Anwendung gelangen und es werden moderne Systeme verfügbar sein, die zwar nicht selten teurer, aber auch leistungsfähiger sind, so dass häufig eine geringere Stückzahl ausreicht, um die gleiche oder sogar eine gesteigerte Wirkung zu erzielen. Konzepte, in denen die langfristige Fähigkeitsentwicklung beschrieben wird, werden zurzeit erarbeitet. Abgesehen von der Erneuerung der fähigkeitsrelevanten Hauptsysteme der Armee wird es auch in den 2020er Jahren darum gehen, die Mobilität der Bodentruppen durch kontinuierlichen Ersatz von Lastwagen, Personenwagen und Spezialfahrzeugen zu erhalten und weitere Investitionen ins Führungsnetz Schweiz und in die Rechenzentren des VBS und des Bundes zu tätigen, unter anderem, um die Redundanz sicherer Netze bei Ereignissen und den Schutz gegen Cyberangriffe zu gewährleisten.

Weil folglich im kommenden Jahrzehnt nicht nur die Mittel zum Schutz des Luftraums (Kampfflugzeuge, bodengestützte Luftverteidigung) erneuert werden müssen, sondern auch grosse Teile der Boden- und Führungssysteme, ist es wesentlich, dass ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen, die es erlauben, die Armee als Gesamtsystem weiterzuentwickeln.»

Man kündigt uns also **massive Investitionen bis zum Beginn der 2030er Jahre an**. Und dies in einem Umfeld strikter Budgetvorgaben und mit einer ganzen Reihe von laufenden, beschlossenen, aber nicht immer schon finanzierten Investitionen. Jahr für Jahr akzeptiert das Parlament auf Antrag des Bundesrats ein Rüstungsprogramm und speist in dieser Form zukünftige Ausgaben für neue Rüstungskäufe in die «Pipeline» ein. Die Bestandaufnahme der bereits verpflichteten kommenden Ausgaben zeigt hohe Zahlen: So findet man im «**Projektbericht VBS – Projektbeurteilung per 31.12.2016**» den Stand der Finanzierung einer ganzen Reihe von laufenden und Anfang 2017 teilweise bezahlten Investitionen:



<b>Projekte</b>	<b>Gemäss Projektauftrag</b>	<b>Noch fälliger Restbetrag</b>
<b>Telekommunikation der Armee</b>	1800 Millionen (Gesamtkosten)	1762 Millionen
<b>Rechenzentrum VBS/Bund 2020</b>	900 Millionen	811 Millionen
<b>Führungsnetz Schweiz</b>	939 Millionen	591 Millionen
<b>Aufklärungsdrohnensystem 2015</b>	265 Millionen	147 Millionen
<b>Integriertes Funkaufklärungs- und Sendesystem (IFASS), Phase 2</b>	60 Millionen	26 Millionen
<b>Militärisches Anflugsleitsystem Plus (MALS Plus)</b>	359 Millionen	97 Millionen
<b>Flugfunk-Bodensystem 2020</b>	113 Millionen	112 Millionen
<b>Erfassungs-, Analyse- und Ortungssystem</b>	57 Millionen	50 Millionen
<b>Taktisches Aufklärungssystem</b>	360 Millionen	360 Millionen
<b>Sicherheitsfunknetz Polycom 2030 (Werterhaltung)</b>	175 Millionen	161 Millionen
<b>Luftraumüberwachungs- und Einsatzleitsystem FLORAKO – Werterhaltung FLORES</b>	96 Millionen	81 Millionen

**Für einen Gesamtbetrag von über 4 Milliarden, genau 4198 Millionen.**

Zu diesem Betrag muss man noch die jüngsten Entscheide des Parlaments bei den Rüstungsprogrammen 2015, 2016 et 2017 hinzufügen. Beschlossene, aber im Wesentlichen noch nicht bezahlte Investitionen, was logisch ist, denn die Abwicklung eines Kaufs erstreckt sich in der Regel über mehrere Jahre. Die nachfolgende Liste ist nicht erschöpfend, aber sie zählt einige wichtige Daten auf:

<b>Programm 2015</b>	
➤ Werterhaltung der Lastwagen leicht, geländegängig, Duro	558 Millionen
➤ Nutzungsverlängerung 35-mm-Mittelkaliber-Fliegerabwehrsystem (in Erwartung der neuen geplanten Käufe)	98 Millionen
<b>Programm 2016</b>	
➤ 12-cm-Mörser (Minenwerfer)	404 Millionen
➤ Schultergestützte Mehrzweckwaffen (zur Bekämpfung gepanzerter Fahrzeuge u.ä.m.)	256 Millionen
➤ Lastwagen und Anhänger	314 Millionen
<b>Programm 2017</b>	
➤ Verlängerung der Nutzungsdauer der Kampfflugzeuge F/A-18, damit sie 6000 Flugstunden anstelle der ursprünglich geplanten 5000 erreichen können	450 Millionen
➤ Ausserordentliche Munitionsbeschaffung	225 Millionen
➤ Kauf von Informatikkomponenten für das Rechenzentrum Campus	50 Millionen

**Für einen Gesamtbetrag von über 2 Milliarden, genauer gesagt ca. 2355 Millionen.**

Wenn man alles zusammenzählt, was beschlossen wurde und im Wesentlichen noch finanziert werden muss, kommt man auf **über 6,5 Milliarden Schweizer Franken.**

Der Bericht der Expertengruppe «Luftverteidigung der Zukunft» schlägt 4 Optionen für den Ausbau der Schutzsysteme des Luftraums vor; diese sollen unsere gegenwärtigen Systeme (FA-18, unsere 3 aktuellen bodengestützten Luftverteidigungssysteme) ersetzen, die in Kürze veraltet sein werden. Vier Optionen mit unterschiedlichen, aber in jedem Fall hohen Erwerbskosten.

- a) Option 1: Ersatz der heutigen Kampfflotte durch 55 bis 70 moderne Kampfflugzeuge und eine umfassende Erneuerung und Leistungssteigerung der bodengestützten Luftverteidigung (15 bis 18 Milliarden).
- b) Option 2: Ersatz der heutigen Kampfflugzeugflotte durch rund 40 moderne Kampfflugzeuge und Erneuerung der Mittel für die bodengestützte Luftverteidigung (9 Milliarden).
- c) Option 3: Ersatz der heutigen Kampfflugzeugflotte durch rund 30 moderne Kampfflugzeuge und erhebliche Leistungssteigerung der bodengestützten Luftverteidigung (8 bis 8,5 Milliarden).
- d) Option 4: Beschaffung von rund 20 modernen Kampfflugzeugen bei gleichzeitigem Weiterbetrieb der F/A-18-Flotte<sup>58</sup> bis zu ihrem Ersatz Mitte der 2030er Jahre sowie Erneuerung der Mittel der bodengestützten Luftverteidigung (5 Milliarden).

Neben den Kampfflugzeugen und den Flugzeugabwehrsystemen werden fast alle wichtigsten Systeme der Armee innert einigen Jahren bis 2030 ihr Nutzungsende erreichen. Im erwähnten Bericht zur «Luftverteidigung der Zukunft» ist das annähernde Nutzungsende der wichtigsten Armeewaffen in der deutschen Version auf S. 113 beschrieben:

- Bis 2025: Radschützenpanzer 93, Aufklärungsfahrzeuge 93, Schützenpanzer 63/07 (Spezialfahrzeuge Artillerie / Genie), Panzerhaubitze 78-88/95
- Bis 2028: Kommandofahrzeuge 93
- Bis 2030: Kampfpanzer 87 und Transporthelikopter 98; 89/06
- Bis 2031: Schützenpanzer 2000
- Ohne zu vergessen, dass man mit einer kontinuierlichen Erneuerung der Lastwagen, Autos und Spezialfahrzeuge «die Mobilität der Bodentruppen erhalten» muss.
- Und die Investitionen ins nationale Führungsnetz und die Rechenzentren fortsetzen muss, um das Sicherheitsniveau der Netze und den Schutz gegen Cyberattacken aufrechtzuerhalten.
- Usw.

### Wir fassen zusammen:

Wenn man die bereits beschlossenen und noch zu finanzierenden Investitionen (**ca. 6,5 Milliarden**) betrachtet, dazu die Investitionen für den Schutz des Luftraums (Kampfflugzeuge und bodengestützte Luftabwehr, zwischen 5 und 18 Milliarden je nach Option, aber sehr wahrscheinlich in der Höhe von **8 Milliarden** Franken gemäss Mitteilung des Bundesrats vom 8.11.2017) und den mittelfristig geplanten Ersatz der wichtigsten Armeesysteme – für heute wohlgernekt noch nicht festgelegte Kosten – landet man bei **riesigen Gesamtinvestitionen**. Ohne den **Preisanstieg in diesem Bereich zu vergessen, mit immer perfektionierten Waffen... und unbezahlbaren Technologien...** In seiner Mitteilung vom 8.11.2017 gibt der Bundesrat einige Hinweise dazu und schätzt, dass «insgesamt von 2023 bis 2032 Investitionen mit Rüstungsprogrammen von insgesamt bis zu 15 bis 16 Milliarden Franken nötig» sind.

**Für welchen Gesamtbetrag letztlich** von heute bis 2032? Man muss nur kurz zusammenzählen, um eine erste Antwort zu erhalten: 6,5 Milliarden, die heute zu zahlen sind, 1 Milliarde pro Jahr von 2018 bis 2022, also 5 Milliarden, 15 bis 16 Milliarden von 2023 bis 2032 gemäss den Angaben des Bundesrates. **Insgesamt also ungefähr 26 bis 28 Milliarden Rüstungsausgaben bis 2032**. Eine Flucht nach vorne, während in Tat und Wahrheit das Armeebudget Rüstungskäufe für höchstens 1 Milliarde pro Jahr ermöglicht. Gleichzeitig muss man auch **die Unterhalts- und Betriebskosten** berücksichtigen, die diese Käufe mit sich bringen, was das Armeebudget zusätzlich stark belasten wird: Allein für die zukünftigen Mittel der bodengestützten Luftabwehr (neue Flugzeuge und bodengestützte Luftabwehrsysteme) schätzen die genannten Experten, dass je nach gewählter Option zwischen weiteren 400 und 700 Millionen pro Jahr für Unterhalts- und Betriebskosten zu investieren sind. Ein Fass ohne Boden.

Um die Finanzierung dieser Zusatzkosten sicherzustellen, kündigt der Bundesrat seinen Willen an, **das Armeebudget schrittweise zu erhöhen**. Dieses Budget soll bis 2021 jährlich um 1,4% wachsen. Im ersten Jahr wird die Armee so über 70 Millionen mehr als heute verfügen (5070 Millionen statt 5000 im Jahr 2021), im zweiten sind es 141 Millionen (5141 Millionen), am Ende der 5 Jahre 360 Millionen mehr (5360 Millionen), nach 10 Jahren 745 Millionen (5745 Millionen). 2032 nähern wir uns den 6 Milliarden an...

**Hallo Sparprogramme und Budgetbeschränkungen in den übrigen Departementen...** Schon heute ist es wegen der Schuldenbremse jedes Jahr eine Knacknuss, das Budget des Bundes unter Dach und Fach zu bringen...

Man ist bereit, das Land auszubluten, und Bereichen, die für den Zusammenhalt des Landes wichtig sind (Erziehung, Bildung, Verbilligung der Krankenkassenprämien, Sozialhilfe, Infrastrukturen, Landwirtschaft und Entwicklungshilfe...) ein sehr angespanntes Budget aufzuzwingen, während im Bericht zur «Luftverteidigung der Zukunft», auf S. 114 steht: **«Zwar bleibt die Wahrscheinlichkeit gering, dass die Schweiz direkt Opfer eines bewaffneten Angriffs oder in einen solchen verwickelt wird.»**

Und der Bundesrat präzisiert erst noch, dass die Armee den Aufwand für den Betrieb stabilisieren muss, damit die geplante Erhöhung der Militärausgaben tatsächlich grösstenteils für Rüstungsinvestitionen zur Verfügung steht. Ein Wunsch, welcher der Realität widerspricht, denn wie erwähnt werden die neuen Beschaffungen bedeutende zusätzliche Unterhalts- und Betriebskosten auslösen. Kosten, die sich durch die Einsparungen der eliminierten Rüstungsgüter nicht kompensieren lassen.

Angesichts der Ankündigung von so hohen Rüstungsausgaben, welche Sparmassnahmen unumgänglich machen, ist es legitim, sich die Frage zu stellen, ob solche Investitionen wirklich sinnvoll und vernünftig sind. Und vor allem finanzierbar. Unsere Antwort ist eindeutig und in diesem Bericht erläutert worden:

- Die Armee muss redimensioniert werden, und es braucht eine stärkere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und Freunden. Man muss die logischen Konsequenzen aus unserer privilegierten Lage mitten in Europa ziehen. Also weniger traditionelle Militärausgaben und weniger Rüstungsgüter, die vielen sinnlos vorkommen (ich denke an den symptomatischen Kauf von Minenwerfern...). **Man muss die rückwärtsgewandte Vision einer primären Ausrichtung auf die Verteidigung eines Territoriums überwinden, weil neue Gefahren auf anderer Grundlage entstehen und in erster Linie eine Verstärkung der Polizeikräfte und der internationalen Sicherheitszusammenarbeit erfordern.**
- Wir müssen unsere Ressourcen besser nutzen: Für die legitimen sozialen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes, und dabei nicht vergessen, dass zahlreiche Personen in der Schweiz in grossen Schwierigkeiten sind; für die Stärkung des Polizeikorps, der Polizistinnen und Polizisten also, die angesichts der realen Bedrohungen an vorderster Front stehen; und schliesslich um besser zur Befriedung und Entwicklungshilfe in der Welt um uns herum beizutragen, für mehr Frieden und weniger erzwungene Migration.

## Quellen

- ARPAGIAN, Nicolas: *La cybersécurité*. Paris, Presses Universitaires de France, 2016.
- BADIE, Bertrand und VIDAL, Dominique: *Un monde d'inégalités : L'état du monde 2016*. Paris, Éditions La Découverte, 2015.
- BADIE, Bertrand und VIDAL, Dominique: *Nouvelles guerres : L'état du monde 2015*. Paris, Éditions La Découverte, 2014.
- BOILLOT, Jean-Joseph und DEMBINSKI, Stanislas: *Chindiafrique, la Chine, l'Inde et l'Afrique feront le monde de demain*. Paris, Odile Jacob, 2013.
- BONIFACE, Pascal: *Comprendre le monde*. Paris, Armand Colin, 2017.
- BONIFACE, Pascal: *La géopolitique : 42 fiches thématiques et documentées pour comprendre l'actualité*. Paris, Eyrolles, 2016.
- BOSCHETTI, Pietro: *Les Suisses et les nazis : Le rapport Bergier pour tous*. Carouge-Genève, Éditions Zoé, 2010.
- BOULANGER, Philippe: *Géographie militaire et géostratégie*. Paris, Armand Colin, 2011.
- CATTARUZZA, Amaël und SINTÈS, Pierre: *Géopolitique des conflits*. Paris, Bréal, 2016.
- CHALIAND, Gérard: *Vers un nouvel ordre du monde*. Paris, Éditions du Seuil, 2013.
- DAVID, Olivier: *La population mondiale : Répartition, dynamique et mobilité*. Paris, Armand Colin, 2015.
- Général DESPORTES, Vincent: *La guerre probable, Penser autrement*. Paris, Economica, 2008.
- DUMORTIER, Brigitte: *Géopolitique de l'Afrique et du Moyen-Orient*. Paris, Nathan, 2017.
- GARON, Richard: *Penser la Guerre au futur*. Québec, Presses universitaires Laval, 2016.
- GIORGINI, Didier: *Géopolitique des religions*. Paris, Presses Universitaires de France, 2016.
- HUGON, Philippe: *L'Afrique, défis, enjeux et perspectives en 40 fiches pour comprendre l'actualité*. Paris, Eyrolles, 2017.
- KEMPF, Olivier: *L'OTAN au XXIe siècle, la transformation d'un héritage*. Paris, Éditions du Rocher, 2014.
- LORENZI, Jean-Hervé und DE BOISSIEU, Christian: *Et si le soleil se levait à nouveau sur l'Europe ?*. Paris, Fayard, 2013.
- MALIS, Christian: *Guerre et stratégie au XXIe siècle*. Paris, Fayard, 2014.
- MARIE, Jean-Jacques: *La Russie sous Poutine*. Lausanne, Payot, 2016.
- MARTIN-GENIER, Patrick: *L'Europe a-t-elle un avenir ? Une approche critique de la construction européenne*. Paris, Studyrama, 2017.

MORILLOT, Juliette et MALOVIC, Dorian: *La Corée du Nord en 100 questions*. Paris, Edition Talandier, 2016.

QUILES, Paul: *Arrêtez la bombe !* Paris, Editions du Cherche midi, 2013.

RAUFER, Xavier: *Cyber-criminologie*. Paris, CNRS Éditions, 2015.

ROCHE, Nicolas: *Pourquoi la dissuasion*. Paris, Presses Universitaires de France, 2017.

ROUILLER, Jean-Paul und RUCHTI, François: *Le djihad comme destin : La Suisse pour cible ?* Lausanne, Editions Favre, 2016.

SERVENT, Pierre: *Extension du domaine de la guerre*. Paris, Robert Laffont, 2016.

TAILLAT, Stéphane: *Guerre et stratégie, approches, concepts*. Paris, Presses Universitaires de France, 2015.

VAISSE, Maurice: *Relations internationales depuis 1945*. Paris, Armand Colin, 2015.

VOUILLOUX, Jean-Baptiste: *La démilitarisation de l'Europe, Un suicide stratégique ?* Paris, Argos, 2013.

ZAJEC, Olivier: *Introduction à l'analyse géopolitique : Histoire, outils, méthodes*. Monaco, Éditions du Rocher, 2016.

Akademien der Wissenschaften Schweiz: «Brennpunkt Klima Schweiz. Grundlagen, Folgen und Perspektiven», in *Swiss Academies Reports*, 5, November 2016, 218 S.

Luftverteidigung der Zukunft: Sicherheit im Luftraum zum Schutz der Schweiz und der Bevölkerung. Bericht der Expertengruppe Neues Kampfflugzeug vom 30. Mai 2017.

Projektbericht VBS. Projektbeurteilung per 31.12.2016.

Sicherheit Schweiz: Jährlicher Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes.

SIPRI, Trends in world military expenditure, 2016. Factsheet April 2017.